

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

10. Sitzung vom 7. Mai 2007 • von 18.00 bis 20.50 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Arthur Fischer, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
37 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Gemeinderat
Dubler Walter, Gemeindeammann
Küling Harold, Vizeammann
Becker Doris, Gemeinderätin
Huwiler Paul, Gemeinderat
Jauslin Matthias, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat
Schürmann Toni, Gemeinderat

Weitere Anwesende
Mäder Werner, Bauverwalter

Entschuldigungen
Hartmann Peter, Gemeindeschreiber
Baur Angelika
Bächer Andy
Isler Roger

Traktandenliste

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 11043 betr. Kreditbegehren von Fr. 1'245'000 als Gemeindeanteil für die Umgestaltung der Knoten Wohlerhof und Kino Rex in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau unterirdische Sammelstelle
3. Bericht und Antrag 11039 betr. Änderung Bauzonenplan im Gebiet bbz berufsbildungszentrum freiamt
4. Bericht und Antrag 11040 betr. Änderung Bauzonenplan im Gebiet Hofmatten, Teilparzelle Nr. 2379
5. Bericht und Antrag 11047 betr. Anpassung der Schwimmbad-Eintrittspreise
6. Bericht und Antrag 11049 betr. Kreditbegehren von Fr. 437'000.-- inkl. MwSt. für die Erneuerung der Heizzentrale Schulanlage Halde
7. Bericht und Antrag 11050 betr. Nachtragskreditbegehren von Fr. 60'000.-- inkl. MwSt. für die Erneuerung der Heizzentrale im Wietlisbachhaus

Fischer Arthur, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

65 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Fischer Arthur, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung zu verzeichnen:

- Motion 11042 für die Weiterprojektierung der "Tempo-30 Zonen"
- Bericht und Antrag 11043 betr. Kreditbegehren von Fr. 1'245'000 als Gemeindeanteil für die Umgestaltung der Knoten Wohlerhof und Kino Rex in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau unterirdische Sammelstelle
- Bericht und Antrag 11044 Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde
- Dringliche Motion 11045 für die sofortige Senkung des Steuerfusses
- Motion 11046 betr. Abschaffung der Globalbudgetierung
- Bericht und Antrag 11047 betr. Anpassung der Schwimmbad-Eintrittspreise
- Anfrage 11048 betr. Legislaturprogramm
- Bericht und Antrag 11049 betr. Kreditbegehren von Fr. 437'000 inkl. MwSt. für die Erneuerung der Heizzentrale Schulanlage Halde
- Bericht und Antrag 11050 Nachtragskreditbegehren von Fr. 60'000.-- inkl. MwSt. für die Erneuerung der Heizzentrale im Wietlisbachschulhaus

- Bericht der Finanzkommission zum Bericht und Antrag 11050
- Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 15. Januar 2007 und 12. März 2007
- Einladung zur Übergabe Label Energiestadt
- Einladung zu den Veranstaltungen „Natur Pur“
- Einladung zur Einwohnerratssitzung
- Dringlich Motion 11051 welche Aufgaben muss die Gemeinde streichen, um bei einem Steuerfuss 105 % eine gesunde Rechnung zu gewährleisten?
- Rücktrittsschreiben der Einwohnerrätin Daniela Maurer (der Präsident liest das Rücktrittsschreiben vor)

Mitteilungen

Wir haben soeben die 10. Einwohnerratssitzung der laufenden Periode in Angriff genommen. Dies und die Vorkommnisse im Vorfeld der letzten Sitzungen veranlassen mich, ein paar Worte zum Ratsbetrieb an Sie zu richten.

Sie haben die Diskussionen um die Traktandierung der Dringlichen Motion 11045 für die sofortige Senkung des Steuerfusses über die Presse und per E-Mail mitbekommen.

Am 23. April 2007 kurz nach Mittag hat sich Einwohnerrat Bruno Bertschi erkundigt, weshalb ich die Dringliche Motion nicht traktandiert hätte. Ich habe ihm erklärt, dass die Motion 11045 - wie bisher üblich - unter dem Traktandum „Eingänge“ bekannt gegeben wird und dass ich dann wie üblich am Anfang der Sitzung den Rat zuerst über die Dringlichkeit befinden lassen werde. Er bedankte sich freundlich für die Auskunft. Damit schien die Angelegenheit für mich erledigt zu sein.

Rund zwei Stunden später habe ich von Bruno Bertschi eine wesentlich weniger freundliche E-Mail erhalten. Neben Erklärungsversuchen, weshalb die Motion traktandiert werden muss, enthielt das Schreiben auch Unterstellungen, Beschimpfungen und Drohungen.

Nachfolgend zitiere ich einzelne Passagen:

An der nächsten Einwohnerratssitzung muss der Vorstoss zwingend behandelt werden, nicht nur dessen Dringlichkeit. Wenn Du den Vorstoss nicht auf die Traktandenliste setzt, werden sich die Fraktionen und die Presse logischerweise auch nicht damit befassen. Also wirst Du an der Einwohnerratssitzung wie aus heiterem Himmel über die Dringlichkeit unseres Vorstosses diskutieren und abstimmen lassen. Mein Lieber, das ist nicht seriös und vor allem nicht professionell. Es wäre gut, wenn Du und Dein "Büro" wenigstens in der 2. Hälfte deiner Amtszeit noch etwas Professionalität und Führung zeigen würden.

Solltest Du an der Nicht-Traktandierung festhalten, kannst du dich auf geharnischte Fraktions- und persönliche Erklärungen an der ER-Sitzung gefasst machen. Nütze die Gelegenheit, dein Image als ER-Präsident nicht noch ins Uferlose absinken zu lassen und führe das Parlament mit der nötigen Fairness, Transparenz und Neutralität. Ich erwarte deinen Entscheid über die Traktandierung oder Nicht-Traktandierung bis spätestens morgen Dienstag, 24.4.2007, 1500 Uhr.

Soweit das Zitat. Dazu möchte ich nur sagen: Bruno Bertschi, in diesem Rat setze immer noch ich die Termine.

Kurze Zeit später kam eine E-Mail von Jean-Pierre Gallati u.a. mit folgendem Inhalt:

Aber es ist völlig klar: Du, das Büro und auch das Gemeindehaus will unsere Motion möglichst totsichweigen und blockieren. Am Schluss werdet ihr dann vermutlich sagen, es sei ohnehin zu spät, diese Motion zu verabschieden.

Nachdem dich mit deinem unseligen Stichentscheid vom 20. November 2006 für 115 % an der ganzen Steuerfuss-Misere eine grosse Verantwortung trifft, fordere ich dich höflich auf, unsere 105 %-Motion (oder zumindest deren Dringlichkeit) offiziell zu traktandieren, damit sich alle Fraktionen und auch die Öffentlichkeit darauf vorbereiten können. Dieses Geschäft solltest du nicht mit bürokratischen Ausreden abwürgen, während du die gemeinderätlichen Wunschthemen gefolgsam innert kürzester Zeit auf die Traktandenliste gesetzt hast.

Dieses Mail wurde auch an die Freiamter Zeitung geschickt und wurde dort auszugsweise abgedruckt.

Zu guter Letzt erreichte mich, mit Kopie an die Presse und den gesamten Einwohnerrat, noch eine E-Mail von Urs Stäger u.a. mit folgendem Inhalt:

Wenn nun diese dringliche Motion nicht traktandiert wird, so ist das nichts anderes als den Volkswillen nicht respektieren. Käme die Motion aus einer anderen politischen Richtung, so wäre sie sicher Traktandum 1. Auch wenn du auf Ende Jahr aus der Politik ausscheidest, bis dahin hast du und alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte des Volkes Willen zu respektieren.

Also bitte, setz die dringliche Motion der SVP auf die Traktandenliste!

Zusammenfassend nehme ich dazu wie folgt Stellung:

- Die Dringliche Motion 11045 ist unter dem Traktandum Eingänge traktandiert worden.
- Ich halte fest, dass ich die Traktandenliste jeweils im Einvernehmen mit dem Gemeinderat festsetze. Das entspricht unserem Geschäftsreglement.
- Es wird unter meiner Präsidentschaft keine Sonderrechte geben, auch nicht für die Fraktion der SVP.

Weitere Angriffe sind auch auf der Webseite der SVP nachzulesen.

Meine Damen und Herren, das sind nicht die einzigen Angriffe und Vorwürfe, die ich und das Büro über sich ergehen lassen mussten. An der Januarsitzung dieses Jahres wollte man uns nötigen, im Einwohnerrat, ohne rechtliche Grundlage, nochmals den Steuerfuss zu behandeln und neu zu beschliessen.

An der Märzszitzung wurde die Protokollierung einer Sitzung, die vor neun Monaten stattfand, bemängelt. In diesem Zusammenhang verschickte Jean-Pierre Gallati eine E-Mail an verschiedene Adressaten mit folgendem Inhalt. Ich habe dieses nicht direkt erhalten, es wurde mir jedoch zugespielt:

„Die von Herrn Fischer praktizierte und vom Büro des Einwohnerrates unterstützte Ostblock-Methode ist inakzeptabel. Zensur ist unerträglich, auch wenn sie von „christlichen“ Politikern ausgeübt wird.“ Als Anhang die vom Einwohnerratsbüro genehmigte schriftliche Begründung im PDF-Format, betitelt mit „Protokollfälschung durch Arthur Fischer“. Dies ist eine rechtlich nicht unbedeutende Anschuldigung, welche an die Öffentlichkeit ging.

Der Ratsbetrieb wird seit Anfang dieser Legislaturperiode durch gewisse Personen der Fraktion SVP regelmässig und mit Systematik gestört. Es wird immer wieder Sand ins Getriebe gestreut. Alles wird schlecht gemacht: Gemeinderat, Einwohnerratspräsident mit Büro, IBW, linke Parteien, Verwaltung usw.

Ich habe genug von diesen Attacken. Das ist Polit-Terror, ausgeführt von gewählten Volksvertretern. Dies hat nichts mehr mit konstruktiver Politik zum Wohle von Wohlen zu tun. Die Grosse Mehrheit der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte bemüht sich, eine anständige Politik zu betreiben und gemeinsam nach mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen.

Im vergangenen Januar habe ich den Vize-Präsidenten und die Fraktionsvorsitzenden zu einem informellen Austausch eingeladen. Es waren sich schon damals alle Anwesenden, auch die Vertreterin der Fraktion SVP, einig, dass sich der Umgangston im Rat verbessern muss. Ich bitte Sie, dieses Bekenntnis endlich umzusetzen. Mein Vorgänger Claude Salathé und ich pflegten trotz manchmal unterschiedlicher politischer Ansicht einen respektvollen und freundschaftlichen Umgang miteinander. Wir sind respektvoll miteinander umgegangen. Diese Wertschätzung durfte er auch von den anderen Mitgliedern entgegen nehmen. Respektvoller Umgang steht in keinem Reglement, das sollte für jedes Mitglied des Einwohnerrates selbstverständlich sein.

Eines kann ich euch versichern, ich lasse mich nicht beirren. Persönliche Angriffe und Störmanöver werde ich in Zukunft im Rahmen meiner Möglichkeiten sofort unterbinden.

Fischer Arthur, Präsident: Liest das Amtsgelübte vor und nimmt Horst Fischer in Pflicht.

Ich stelle zu Händen des Protokolls fest, dass Sie nun in Pflicht genommen worden sind. Ich wünsche Ihnen bei der Ausübung dieses verantwortungsvollen Amtes viel Erfolg und Befriedigung und heisse Sie im Namen meiner Ratskolleginnen und Ratskollegen herzlich willkommen.

Diskussion über die Dringlichkeit

Bertschi Bruno, SVP: Die Budgetierung für das nächste Jahr beginnt nach Auskunft des Finanzvorstehers ca. anfangs Mai, also jetzt, an. Damit ist die Dringlichkeit ausgewiesen, unsere Motion heute zu behandeln. Sie können den Vorstoss ablehnen, wenn er Ihnen nicht passt. Zentral für uns ist der Wille von 80 % der Stimmbürger. Der Wille von jenen Stimmbürgern, welche uns alle in diesem Saal, mit Ausnahme der Sozialisten und Grünen, gewählt haben. Es ist völlig klar, dass die 80,3 % Nein-Stimmen zum hohen Steuerfuss nicht nur von SVP-Wähler stammen, sondern auch aus den Lagern von CVP, FDP, Freis Wohle, etc.

Am 08. Februar 2004 hat ein gewisser Arsène Perroud, SP Wohlen, eine dringliche Motion eingereicht, welche eine Erhöhung des damaligen Steuerfusses von 105 % auf 110 % angestrebt hat. Sie erinnern sich, dass das Volk eine solche Erhöhung kurz zuvor abgelehnt hat. Immer nach den Wahlen kommt der Gemeinderat mit solchen Steuererhöhungen. Der selbe Arsène Perroud wird Ihnen heute sagen, dass für die Behandlung der Motion der SVP zur Steuersenkung keine Dringlichkeit bestehe.

Was passiert, wenn Sie heute die Dringlichkeit ablehnen? Dann wird der Gemeinderat das Budget 2008 auf der Basis von 115 %, wenn nicht sogar 120 %, entwerfen. Es wird uns dann an der Juni- oder Augustsitzung gesagt, dass es nun für unsere Motion ohnehin zu spät sei. Eine solche Politik zeigt eine abgrundtiefe Verachtung des Volkswillens. Der Einwohnerrat darf sich nicht noch weiter vom Volkswillen entfernen. Auch der Einwohnerratspräsident sollte sich endlich eines Besseren besinnen, nachdem die ganze Steuerfussmisere auf seinem unseligen Entscheid im November 2006 zurückzuführen ist.

An dieser Stelle unterbricht der Präsident das Votum mit der Bitte, keine persönlichen Angriffe zu machen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion zu behandeln. Wir anerkennen die Dringlichkeit.

Waeber Roger, CVP: Die CVP-CSP spricht sich einstimmig für die Dringlichkeit aus. Es macht Sinn, die Motion heute zu behandeln. Ausserdem möchten wir festhalten, dass der Einwohnerratspräsident richtig gehandelt hat, indem er dieses Geschäft nicht auf die Traktan-

denliste gesetzt hat. Bei dringlichen Motionen ist es üblich, dass der Einwohnerrat über die Dringlichkeit abstimmt.

Duschén Andrea, FDP: Ich halte mich kurz: Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

Perroud Arsène, SP: Wie schon von Bruno Bertschi prophezeit, stimmen wir weder der Dringlichkeit noch der Motion zu und benutzen dafür die selben Worte, die er damals bei der Behandlung unserer Motion benutzt hat: Es steht etwas schräg in der Landschaft.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Auch wir sprechen uns für die Dringlichkeit dieser und der folgenden Motion aus.

Abstimmung Dringlichkeit

Regula Meier ist aufgrund eines Telefonates abwesend. Es sind für die Abstimmung nur 36 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Die Dringlichkeit wird mit 29 Ja zu 7 Nein-Stimmen beschlossen.

Diskussion zur Motion

Bertschi Bruno, SVP: Der Einwohnerrat hat am 20. November 2006 in einem 2. Anlauf das Budget 2007 mit einem Steuerfuss von 115 % genehmigt. Der Beschluss kam hauchdünn, nämlich mit dem Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten Arthur Fischer, zu Stande. Ich kann Ihnen sagen, dass selbst der Regierungsrat dem Steuerfuss von 115 % nur hauchdünn zugestimmt hat und nicht etwa – wie viele Stimmbürger meinen – einstimmig und mit Überzeugung.

Wir müssen in diesem Parlament noch lernen, den Willen des Stimmbürgers zu respektieren und umzusetzen. Wenn bei einer doch ziemlich hohen Stimmbeteiligung von fast 50 % das Budget mit einem Steuerfuss von 115 % mit einer Mehrheit von 4/5 abgelehnt wurde, muss das ein klarer Fingerzeig für unser Parlament sein. Dass der Gemeinderat dieses Resultat nicht ernst nimmt, wussten wir von früheren Volksabstimmungen (Steuerfuss 110 %, Grüngutabfuhr, Tempo 30). Alle diese Projekte will der Gemeinderat irgendwann mal wieder aufwärmen.

Das erfreuliche Abstimmungsresultat vom Januar 2007 ist ein klarer Hinweis zu mehr Sparen, also Kürzungen der Ausgaben – wo auch immer dies möglich ist. Sparen beginnt bereits bei kleinen Beträgen. Es ist ein klares Umdenken nötig. Wenn wir dem Gemeinderat einen Franken zur Verfügung stellen, wird er mit Sicherheit versuchen, einen Franken und zwanzig Rappen auszugeben. Das geht nicht. Es muss in dieser Beziehung – nun wiederhole ich mich – ein Umdenken stattfinden. Fehlendes Geld darf nicht durch sogenannte Überarbeitung oder Anpassung der Gebührenreglemente beschafft werden. Anpassung ist sowieso ein ganz gefährlicher Begriff, wenn man ihn historisch betrachtet. Der Bürger macht bei dieser Politik - Hochsteuerpolitik und Hochgebührenpolitik – nicht mehr mit. Da müssen wir uns im Klaren sein. Ich bitte Sie, unsere Motion zu überweisen und somit dem Gemeinderat eine klare und unmissverständliche Leitlinie zu geben. Die berühmte Zitrone, welche im letzten Jahr bereits ausgepresst war, obwohl danach noch Fr. 800'000.00 eingespart werden konnten, ist nie ausgepresst.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Dem Gemeinderat ist das Abstimmungsresultat zum Voranschlag 2007 sehr wohl bewusst und er nimmt dieses sehr ernst. Auch der Gemeinderat will daraufhin arbeiten, dass der Steuerfuss wieder gesenkt werden kann.

Grundsätzlich gilt es zu beachten, dass die Zuständigkeit für die Erarbeitung des Voranschlages gemäss § 71 Abs. 1 des Gemeindegesetzes klar beim Gemeinderat liegt. Er hat sich dabei selbstverständlich an die gesetzlichen Vorschriften zu halten.

Das bedeutet, dass der Voranschlag gemäss § 87 Abs. 2 des Gemeindegesetzes so aufzustellen ist, dass mindestens die laufenden Ausgaben sowie die Verzinsung und eine angemessene Amortisation der Schulden durch die Einnahmen gedeckt werden können. Weiter wird im Absatz 3 von den Gemeinden verlangt, für eine auf die zukünftigen Aufgaben ausgerichtete Finanzplanung zu sorgen.

Der Gemeinderat hat folgende finanzpolitischen Absichten verabschiedet:

1. Langfristig ist eine Reduktion des Steuerfusses unter das Kantonsmittel anzustreben.
2. Mit der raschen Einführung der kostendeckenden Abfallbewirtschaftung soll der Steuerfuss um die Einnahmen dieser Gebühren reduziert werden.
3. Der Pro-Kopf-Steuerertrag soll mittelfristig auf das Kantonsmittel gesteigert werden.
4. Es soll eine Eigenfinanzierung von Fr. 2–2,5 Mio. angestrebt werden.
5. Das Ausgabenwachstum soll begrenzt werden; d.h. der totale Nettoaufwand 2008 muss unter dem Niveau der Rechnung 2006 liegen. Ausnahme: gesetzliche Einflussfaktoren.
6. Die verzinsliche Nettoschuld pro Einwohner darf maximal Fr. 2'500.-- betragen.
7. Der Nettozinsaufwand, in % des Steuerertrages, ist unter 5 % zu halten.
8. Die Beteiligungen an der IB Wohlen AG ist betreffend Ausschüttungsquote laufend zu prüfen und soll sich am Gewinn des Stammhauses orientieren.

Weiter hat der Gemeinderat bereits im Finanzplan 2006-2010 folgende Problematik aufgezeigt:

- Die Ausfinanzierung der APK erfolgt im Jahr 2008.
- Als Folge der Ausfinanzierung der APK wird die Laufende Rechnung ab 2008 u.a. für Amtsvormundschaft, Berufsbildung, Krankenhäuser und Spitäler zusätzliche belastet.
- Das neue Betreuungsgesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft und verursacht Mehrkosten.
- Die Mehrbelastung im öffentlichen Verkehr, infolge Reduktion des Bundesbeitrages, wird deutlich gesteigert.

Der Gemeinderat wird den Voranschlag 2008 unter Einhaltung seiner finanzpolitischen Absichten erarbeiten. Dies kann ich Ihnen garantieren. In diesem Prozess wird auch der Steuerfuss so festgelegt, dass Einnahmen und Ausgaben entsprechend gedeckt sind.

Selbstverständlich hat der Einwohnerrat zum gegebenen Zeitpunkt die Möglichkeit, die Überlegungen des Gemeinderates betreffend Steuerfuss entsprechend zu würdigen. Benützen Sie auch die Gelegenheit, den Finanzplan, welcher am 20. August 2007 im Einwohnerrat vorliegt, kritisch zu beurteilen.

Geschätzter Einwohnerrat, nur gemeinsam und mit Kompromissbereitschaft aller Beteiligten wird es möglich sein, den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und gleichzeitig die Belastung der einzelnen Steuerzahler zu senken.

Dabei dürfen wir uns aber nicht an den kurzfristigen Steuerfusswünschen orientieren, sondern müssen nachhaltige Lösungen sowohl auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabe- seite erarbeiten.

Eine Überweisung der dringlichen Motion würde diese Ansätze bereits im Keim ersticken. Helfen Sie mit, Wohlen langfristig vorwärts zu bringen und lehnen Sie daher diese Motion ab.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die dringliche Motion sowohl aus formellen wie auch aus materiellen Gründen abzulehnen.

Waeber Roger, CVP-CSP: Wir werden die Motion nicht überweisen. Aus unserer Sicht ist es nicht realistisch, zur Zeit einen Steuerfuss von 105 % anzupeilen. Grosse Ausgaben stehen auf dem Programm. Weiter möchten wir keinesfalls beim Unterhalt von Strassen und Gebäuden sparen, denn dies wäre nicht Sparen, sondern Verschieben von Kosten, was sich später rächen könnte. Wichtig sind für uns auch die Beiträge an Skilager und Vereinsaktivitäten. Mittel- bis langfristig ist jedoch auch für die CVP eine Steuersenkung ein Thema. Wir sind einstimmig gegen die Überweisung der Motion.

Duschén Andrea, FDP: Unsere Fraktion wird diese Motion einstimmig ablehnen. Eine Steuersenkung auf 105 % scheint uns im jetzigen Zeitpunkt absolut unmöglich. Im Sinne eines Weiterkommens muss es jedoch unser Ziel bleiben, den Steuerfuss langfristig wieder nach unten zu senken. Die FDP unterstützt in diesem Sinne Anträge wie z.B. Grüngutgebühren, Parkraumkonzepte, usw. Wir sehen im Unterstützen solcher Wege, gute Chancen, das Ziel, einen tieferen Steuerfuss, zu erreichen.

Benz Guido, CVP-CSP: Die Motion hat natürlich mit dem Aufgabengebiet der Fiko zu tun und wir haben uns selbstverständlich damit befasst. Die Finanzkommission hat die Finanzlage von Wohlen im Rahmen der Erstellung des Voranschlages 2007 sowie des Finanzplanes 2007-2010 eingehend analysiert und kam dazumal zu folgendem Schluss:

Die Finanzlage von Wohlen ist schwierig – nicht nur im 2007, sondern auch in den kommenden 5 – 10 Jahren. Es besteht wenig Spielraum für absolut notwendige, kein Spielraum für sinnvolle, aber vielleicht nur wünschbare Investitionen und Ausgaben. Es sind keine Reserven zum Auffangen von allfälligen weiteren Belastungen (z.B. Bildung) vorhanden. Eine gesunde Entwicklung der Gemeinde wäre in einem ausserordentlichen Masse gefährdet. Die Rechnung 2006 und weitere Entwicklungen, auch ausserhalb des Einflussbereiches der Gemeinde, bestätigen diese Beurteilung. Auch bei einem Steuerfuss von 115 % sind weitere Massnahmen nötig, um unserer Gemeinde den nötigen Handlungsspielraum zu verschaffen. Auch der laufende Finanzplan führt noch immer zu schlechten Kennzahlen, z.B. Belastungsquote von 9 % statt 25 % (Richtschnur des Kantons).

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Steuerbelastung ein Standortfaktor ist, dies ist unbestritten. Aber er ist bei weitem nicht der Wichtigste. Die Tatsache, dass Wohlen trotz einer unterdurchschnittlichen Steuerbelastung ständig an Steuerkraft verlor, beweist, dass für die heutige Situation ganz andere Ursachen verantwortlich sind. Da muss der Gemeinderat natürlich möglichst schnell reagieren. Auch die Fiko ist der Ansicht, dass alles unternommen werden muss, um den Steuerfuss möglichst rasch wieder mindestens unter den Kantonsdurchschnitt zu senken. Dies hat sie gesagt, bevor sie die Meinung des Gemeinderates gehört hat. Dies kann jedoch nur mittelfristig geschehen, nachdem die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden sind. Die Fiko empfiehlt deshalb mit 4 : 2 Stimmen (Thomas Strub war abwesend) die Motion abzulehnen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe eine Frage an Gemeinderat Matthias Jauslin: Habe ich dies richtig verstanden, dass der Gemeinderat im Sinn hat, Grüngutgebühren einzuführen und gleichzeitig den Steuerfuss diesem Gebührentotal entsprechend zu reduzieren?

Dann habe ich noch eine zweite Frage an den Präsidenten der Fiko: Er hat gesagt, dass die Fiko diese Motion besprochen hat. Ich möchte Sie nun fragen: Welche Fiko war das? Unsere zwei Mitglieder wissen nämlich nichts davon.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass bei einer Einführung der Grüngutgebühren der Steuerfuss um diesen Betrag gesenkt wird.

Benz Guido, Fiko-Präsident: Selbstverständlich habe ich eine Antwort zu Bruno Bertschis Frage: Ich weiss nicht, ob man der Meinung ist, dass immer und überall und unter allen Umständen eine Sitzung stattfinden muss. Wir hatten keine Sitzung. Die Stellungnahme ging an allen Fiko-Mitglieder und ich habe natürlich die Reaktionen bekommen. Die zwei der SVP waren dagegen, das ist richtig.

Tanner Peter, SVP: Guido Benz, Präsident der Fiko, kannst du mir dies nochmals erläutern? Du hast gesagt, dass die Steuerkraft in Wohlen in der Vergangenheit konstant abgenommen hat. Ich bin gegenteiliger Meinung. Mit Ausnahme von 1 – 2 Jahren hat die Steuerkraft, der potentielle Ertrag, immer zugenommen. Die Information war also nicht ganz richtig, so wie er sie abgegeben hat. Leider betrug die Aufwandsteigerung ein Mehrfaches – in Franken und Rappen – der Einnahmensteigerung. Dies ist die Quintessenz und Krux an der Sache. Im Weiteren möchte ich den Finanzchef Matthias Jauslin und den gesamten Gemeinderat fragen: Was machen Sie im nächsten Herbst, wenn allenfalls das Budget vom Volk 2 x abgelehnt wird. Dies ist sehr wahrscheinlich, glauben Sie mir. Sie haben mir es bereits im letzten Jahr nicht geglaubt, dass womöglich Aarau zum Handkuss kommen wird. Was, wenn auch in diesem Jahr der Regierungsrat angerufen werden muss? Man kann diese Schlappe eingehen. Aber was machen Sie dann? Ich würde Ihnen jedoch dringend empfehlen, auf die 105 %, so wie es das Volk will, einzugehen. Stellen Sie das Budget darauf ab.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es bestehen gesetzliche Vorgaben, welche wir bei der Budgetierung berücksichtigen müssen. Diese hypothetischen Annahmen können wir nicht einfach so beantworten. Ich kann jedoch garantieren, dass wir alles tun werden, damit wir Ihnen ein mehrheitsfähiges Budget vorlegen können. Wir sind angewiesen auf Ihre Mitarbeit. Wir sind darauf angewiesen, dass Sie hier im Einwohnerrat die richtigen Weichen stellen, denn Sie sind ein ganz entscheidender Part. Ich bin überzeugt, dass wir nur mit einer Gemeinsamkeit und mit den Ideen aller diesen Schritt machen können. Es gilt für beide Seiten, einen Schritt aufeinander zuzugehen. Genau diesen Schritt müssen wir bis im Herbst machen.

Benz Guido, Fiko-Präsident: Danke für den Hinweis von Peter Tanner. Es braucht eine Präzisierung: Der Rückgang ist im Verhältnis zum Durchschnitt des Kantons um 20 % zurück gegangen. Wenn wir heute eine Steuerkraft wie der Durchschnitt des Kantons hätten, hätten wir rund Fr. 6 Mio. mehr Einnahmen.

Abstimmung

Regula Meier ist aufgrund eines Telefonates abwesend. Es sind für die Abstimmung nur 36 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Die Dringliche Motion 11045 für die sofortige Senkung des Steuerfusses wird mit 27 Nein zu 9 Ja-Stimmen nicht überwiesen.

Dringliche Motion 11051 Welche Aufgaben muss die Gemeinde streichen, um bei ?

Diskussion über die Dringlichkeit

Benz Guido, CVP-CSP: Ich kann mich kurz fassen. Der Grund für die Dringlichkeit ist so ziemlich der selbe, wie der der soeben behandelten Motion. Der Budgetierungsprozess beginnt in diesen Tagen und es ist sinnvoll, dass dem Gemeinderat bereits heute diskutierte Anregungen zu diesem Zeitpunkt bekannt sind. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe eine Frage: Ist dieser Vorstoss der CVP nicht eher ein Postulat oder sogar nur eine Anfrage? Eine Motion muss nämlich etwas zum Inhalt haben, was in die Zuständigkeit des Einwohnerrates oder der Stimmberechtigten fällt. Ich zitiere § 34 Abs. 2 des Geschäftsreglementes. Das Erstellen einer Analyse, wie sie von der Motion CVP verlangt wird, fällt nicht in die Zuständigkeit des Einwohnerrates oder des Souveränes.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir haben dies effektiv auch angeschaut und der Gemeinderat wird die Motion so nicht übernehmen können. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, falls dies der Motionär auch will, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses Postulat zu übernehmen. Wie mit der Dringlichkeit umzugehen ist, liegt beim Einwohnerrat.

Thiébaud Alain, FDP: Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktion SP und EL&Grüne stimmt der Dringlichkeit nicht zu. Obwohl wir dies auch schon gemacht haben, finden wir es müssig, alles immer dringlich einzureichen. Ansonsten könnten wir die Traktandenliste aufheben und alles dringlich einreichen. Wir erwarten eigentlich, dass der Gemeinderat das, was im Auftrag steht, macht und sind der Meinung, dass er dies in den letzten Jahren bereits gemacht hat.

Bertschi Bruno, SVP: Wir stimmen der Dringlichkeit ebenfalls zu.

Abstimmung über die Dringlichkeit

Regula Meier ist aufgrund eines Telefonates abwesend. Es sind für die Abstimmung nur 36 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Der Dringlichkeit wird mit 29 Ja zu 7 Nein-Stimmen beschlossen.

Benz Guido, CVP-CSP: Der Motions-Gegenstand liegt im Grenzbereich Motion/Postulat, weil sie im Umfeld der Festlegung/Diskussion des Steuerfuss angesiedelt ist. In dem Sinn sind wir bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Seit der Behandlung des Voranschlages 2007 liegt die Forderung im Raum, den Steuerfuss auf 105 % zu halten oder gar zu reduzieren. Die Verfechter dieser Ideen vermeiden aber - z.T. bewusst -, dem Stimmbürger zu sagen, wie die Finanzlücke zu einem einigermaßen gesunden kurz- und mittelfristigen Finanzhaushalt abgedeckt werden soll, ohne dass die Schulden grenzenlos steigen.

Ich spreche ausdrücklich von einem „einigermassen“ gesunden Finanzhaushalt. Wenn Sie die vorgeschlagenen Parameter ansehen, verstehen Sie das „einigermassen“: Wir sind auch damit noch ziemlich weit von einer Normalsituation entfernt:

Unser Modell sieht vor:

- eine Belastungsquote von 10 % sollte eingehalten werden (kantonaler Richtwert und auch Durchschnitt 25 %)
- eine Prokopfverschuldung von maximal Fr. 2'500 (maximal zulässig gemäss kantonalem Richtwert) – und um allen Missverständnissen vorzubeugen ohne Berücksichtigung allfälliger Vermögensveräusserungen.
- Gewährleistung des Unterhaltes von Gebäuden und Anlagen. Wir wollen nicht, dass heute zulasten der Zukunft eine geschönte Darstellung präsentiert werden muss.

Mit der verlangten oder angeregten Analyse soll allen Einwohnerräten und Stimmbürger klar vor Augen geführt werden, wo und um wie viel die Ausgaben zu reduzieren sind, um diesen „einigermassen“ gesunden Finanzhaushalt zu gewährleisten. Um noch deutlicher zu sein: Es soll allen klar sein, welche Aufgaben die Gemeinde unter diesen Bedingungen nicht mehr erfüllen kann. – Dann kann darüber entschieden werden, was man will!

Bisher wurde immer suggeriert, dass noch viel Luft in der Gemeinde-Verwaltung bestehe, dass die Gemeinde auf viele bestehende Aufgaben verzichten könne, immer ohne überzeugende und nachvollziehbare konkrete Vorschläge vorzubringen.

Ich bitte Sie, der Motion, dem Postulat zuzustimmen. Sie leisten damit einen Beitrag zur immer wieder verlangten Transparenz.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wie ich Eingangs erwähnt habe, kann der Gemeinderat aufgrund dieses Papiers die Motion so nicht übernehmen. Wir können keinen Bericht und Antrag erarbeiten, da eine Motion den Gemeinderat ganz klar verpflichtet, einen Antrag zu stellen. Ein Antrag ist in dieser Motion leider nicht formuliert und aus dem Text nicht ersichtlich. Daher beantragt Ihnen der Gemeinderat die Umwandlung in ein Postulat. Ein Postulat würden wir selbstverständlich übernehmen.

Benz Guido, CVP-CSP: Wir sind selbstverständlich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Fischer Arthur, Präsident: Wie wir gehört haben, ist der Gemeinderat bereit, diese Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Damit wäre dieses Traktandum erledigt, ausser, es wünsche jemand die Diskussion.

Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Somit gilt das Postulat gemäss § 38 des Geschäftsreglementes als überwiesen.

Bericht und Antrag 11043 betr. Kreditbegehren von Fr. 1'245'000 als Gemeindeanteil für die Umgestaltung der Knoten Wohlerhof und Kino Rex in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau unterirdische Sammelstelle

Gfeller Konrad, GPK-Sprecher: An der GPK-Sitzung vom 19. April 2007 haben wir den Bericht und Antrag eingehend behandelt.

Gemeinde Wohlen und Verkehr - für die Einen ein grosses Problem, für die Anderen eher keines. Die Wahrheit liegt sicher irgendwo in der Mitte. Die verschiedensten Ansatzmöglichkeiten kommen zum Vorschein, und immer soll das Rad von Neuem erfunden werden.

Meine Damen und Herren, als der Kreisel am Bärenplatz vom Einwohnerrat gut geheissen wurde, sind eigentlich die Würfel gefallen. Man hat sich nach den Erkenntnissen des Verkehrsrichtplanes von 1996 gerichtet. In diesem Bericht wurden die Kreiselbauten als gute und sinnvolle Lösungen hervorgehoben. Auch die wichtigen Knotenpunkte wurden damals festgelegt. Ein Einbahnring wurde schon damals als nicht ideal bezeichnet, und auch ein Pilotversuch wurde abgelehnt. Mit dem Bau der zwei Kreisel im Zentrum, Bärenplatz und Kirchenplatz, befinden wir uns im zweiten Drittel des Marathons. Der Lauf ist zu beenden.

Da es sich um Kantonsstrassen handelt, hat der Kanton ein grosses Mitsprache- und Entscheidungsrecht. Er plant, führt die Arbeiten aus, und beteiligt sich mit 50 % an den Kosten. Er bestimmt grundsätzlich den Terminplan, ist er doch auch für alle anderen Gemeinden im Kanton ebenfalls für die Strassen zuständig.

Mit dem Umsetzen des Verkehrsrichtplanes haben wir als Gemeinde damals unsere Ansprüche betreffend Kreiselbau an den Kanton gerichtet. Die Ansprüche wurden bereits umgesetzt. Der Knotenpunkt Kino Rex Garage/Henggi ist der fehlende Abschluss im Zentrum von Wohlen.

Wir können selbstverständlich zu diesem Antrag Nein sagen. Wir müssen uns aber über die daraus entstehenden Folgen im Klaren sein. Der Kanton wird sich dann Zeit lassen, bis wir wieder zu einem Kreisel mit einer solchen finanziellen Unterstützung kommen werden. Dieser Knotenpunkt wird dann sehr rasch zum Verkehrs-Problempunkt Nummer 1. Auch die sogenannte Südumfahrung dauert mindestens noch ein Jahrzehnt, wenn nicht noch länger.

Fragen der GPK

Früher wurden bezüglich Doppelkreisel Bedenken ausgesprochen. Warum geht es nun plötzlich? *Vorerst war man der Ansicht, dass die Platzverhältnisse ungenügend sind, doch nach genauer Überprüfung und mit dem Neubau der Firma Henggi AG kam man zu einem positiven Ergebnis.*

Eine längere Diskussion ergab das Linksabbiegen vor dem Kreisel, also von der Zentralstrasse in die Bahnhofstrasse. Linksabbiegen ist generell etwas Schlechtes. Man könnte über den Kreisel kehren, dies ist jedoch nicht unsere Aufgabe. Dies wird sich dann in der Praxis zeigen.

Reicht die Kapazität des Kreisels, wenn die Umfahrung Lieli in Betrieb ist?

Der Kanton ist der Ansicht, dass der Mehrverkehr vorwiegend vom Reusstal aufgenommen wird. Die Kreiselkapazität liegt bei rund 20'000 Fahrzeugen. Die Auslastung beträgt nach Beendigung des Kreisels rund 75 %.

Mit dieser Investition von Fr. 1,2 Millionen würde ein potentieller Grund für das Umsteigen auf den Ortsbus massiv geschmälert. Und zudem sei die Finanzlage unserer Gemeinde nicht rosig.

Die erste Befürchtung wurde seitens der GPK als unrealistisch gewertet. Sicher darf man das finanzielle Engagement, welches auf die Gemeinde zukommt nicht unterschätzen. Doch dabei ist unbedingt zu berücksichtigen, dass eine Belagserneuerung in der Höhe von Fr. 450'000.00 sofort in Angriff genommen werden muss, wenn der Kreisel nicht erstellt wird. Davon trägt der Kanton die Hälfte. Zudem sind in den Kosten des Voranschlages Fr. 165'000.00 für die Strassenbeleuchtung und Fr. 50'000.00 für eine unterirdische Sammelstelle enthalten. Ein Teil dieser Kosten für den Kreiselbau sind somit auch als Unterhaltskosten anzusehen. Trotz unserer nicht gerade rosigen Finanzlage dürfen wir nicht resignieren, und alle Investitionen stoppen. Es ist unsere Pflicht, auch in solchen Situationen Wohlen weiter zu bringen.

Natürlich lebte der Einbahnring wieder auf, aber realistisch gesehen lassen wir die Verkehrsströme besser via Bünzstrasse, Kirchenplatz abfliessen, als alle in einem Kreisel mitten durch das Zentrum.

Der Verkehrsrichtplan 1996 wird im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Zonenplanes ebenfalls neu überarbeitet. Die notwendigen Verkehrsdatenerhebungen wurden bereits ausgeführt.

Beim Kino Rex werden noch 5 Parkplätze beibehalten, was laut der GPK etwas problematisch für den Fussgänger werden könnte. Es wurde uns jedoch gesagt, dass diesen Befürchtungen Rechnung getragen wurde. Eine Aufhebung dieser Plätze ist für die Gemeinde eine sehr kostspielige Angelegenheit, da Ersatzentschädigungen zu entrichten wären.

Das Bauvorhaben der Firma Henggi AG wurde auf den Kreiselbau abgestimmt.

Die grosse Mehrheit der GPK ist der Überzeugung, dass der eingeschlagene Weg unserer Verkehrssanierungen im Zentrumsgebiet der richtige ist, und mit diesem Bau für eine längere Zeit als abgeschlossen angesehen werden kann.

Die GPK hat diesem Antrag 11043 bei fünf Anwesenden mit 4 zu 1 Stimme zugestimmt.

Ich erinnere Sie nochmals, dass wir uns auf dem letzten Drittel des Marathons befinden und eine Kehrtwende sämtliche vorangegangenen Tätigkeiten und Ausgaben in Frage stellen würden. Ich bitte Sie, im Namen der GPK, dieser Vorlage zuzustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Vielen Dank dem GPK-Sprecher für seine detaillierten Ausführungen.

In Wohlen wurden in den letzten Jahren drei Kreisel gebaut. Es sind dies:

1. Boll
2. Minikreisel Bärenplatz
3. Kirchenplatz

Alle drei Kreisel haben von Anfang an perfekt funktioniert und werden von der Bevölkerung geschätzt.

Mit dem geplanten Bau der Kreisel Wohlerhof und Kino Rex sollen die Verkehrsverhältnisse weiter verbessert und optimiert werden. Wer die heutige Situation beim Wohlerhof betrachtet, stellt Folgendes fest:

1. Die Verkehrsführung ist alles andere als ideal.
2. Der Bodenbelag ist reparaturbedürftig.

Wie Sie aus der Vorlage ersehen und vom GPK-Sprecher gehört haben, würde eine reine Belagserneuerung rund Fr. 450'000.00 kosten. Der Verkehrsfluss wäre aber noch immer gleich schlecht.

Mit dem beantragten Kredit wird jedoch nicht nur der Belag erneuert, sondern auch die Verkehrsführung deutlich verbessert. Ebenfalls verbessert wird die Situation für die Fussgängerinnen und Fussgänger. Die Villmerger-, die Zentral- und die Bünzstrasse sind Bestandteil der kantonalen Radroute. Es ist deshalb nicht mehr als konsequent, wenn auch für die Radfahrenden die Verkehrsanordnung sicherer und benutzerfreundlicher gemacht wird.

Das Kosten- / Nutzenverhältnis ist günstig. Mit dem Bau der Kreisel Wohlerhof und Kino Rex wird eine weitere Massnahme des Verkehrsrichtplanes 96 umgesetzt. Das Projekt wurde von im Kreiselsbau erfahrenen Fachleuten des Kantons zusammen mit der Bauverwaltung ausgearbeitet.

Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, dem Baukredit zuzustimmen.

Bei dieser Gelegenheit teile ich Ihnen ergänzend Folgendes mit: Die von der Gemeinde zusammen mit dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt und einem Verkehrsingenieurbüro durchgeführten Verkehrserhebungen für Wohlen wurden im März 2007 abgeschlossen. Die erhobenen Daten werden eine wichtige Grundlage für die Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes und des Zonenplanes sein. Aufgrund der Verkehrserhebungen können jetzt Modellrechnungen durchgeführt werden. Die „Verkehrserhebungen Wohlen 2006“ werden diese Woche via Presse veröffentlicht. Der Bericht wird zudem auf unserer Internetseite www.wohlen.ch aufgeschaltet, sodass ihn alle Interessierten lesen können.

Fricker Ronny, CVP-CSP: Im Finanzplan sind Fr. 1.1 Mio. für die Investitionen im Bereich Wohlerhof und Einfahrt alte Bahnhofstrasse budgetiert. Unsere Fraktion erachtet diese Investition als sinnvoll. Es profitieren Fussgänger, Velofahrer und Autofahrer, also wir alle. Der Kreisels beim Wohlerhof ist aufgrund des Verkehrsflusses und der Sicherheit unbestritten. Dass 2 Kreisel gebaut werden sollen, erachten wir als gute Idee und durchdachte Lösung. Um den Strassenbelag steht es schlecht. Dies kann man anlässlich eines Augenscheines selber feststellen. Die anstehenden Belagserneuerungen können jetzt mit einem Kreiselsneubau verbunden werden. Weiter ist zu beobachten, dass die Linksabbieger vor der Garage Henggi Richtung Coop zu Stosszeiten ein Rückstau Richtung Wohlerhof verursachen. Dieser Rückstau würde mit der Realisierung lediglich des Wohlerhofkreisels durch den grösseren Verkehrsfluss noch verlängert, sodass mit Rückstau in den neuen Kreisels zu rechnen wäre. Mit Hilfe des zweiten Kreisels wird dieses Problem jedoch behoben.

Erfahrungswerte aus anderen Doppelkreisels zeigen, dass diese ein langsames stetes Durchfahren ermöglichen. Durch diesen verbesserten Verkehrsfluss und dank den höheren Durchfahrtsfrequenzen wird das lästige und nicht ungefährliche Einfädeln in den Verkehr bei der Zentralstrasse in die Bünzstrasse und umgekehrt, das mühsame Linksabbiegen von

der Güpffstrasse in die Zentralstrasse und das halsbrecherische Halsverdrehen bei der Kino Rex-Einfahrt alte Bahnhofstrasse in die Zentralstrasse nicht mehr nötig sein. Für die Velofahrer wird das Befahren dieser Passage mittels Kreisel vereinfacht und darum sicherer gemacht. Für die Fussgänger gibt es erhebliche Verbesserungen. Einer dieser Verbesserungen ist das anbringen von 3 neuen Fussgängerstreifen.

Als kleinen Negativpunkt möchten wir erwähnen, dass uns bei diesem Antrag die Kostenzusammenstellung ein wenig rudimentär erscheint. Als Beispiel möchten wir die Landabtauschkosten erwähnen. Fr. 150'000.00 ist eine interessante Zahl, welche von allgemeinem Interesse ist. Es ist für uns Einwohnerräte nicht ersichtlich, wo diese Zahl in der Kostenzusammenstellung enthalten ist. Und es ist nicht ersichtlich, welcher Preis pro m² ausbezahlt wurde.

Unsere Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Geissmann Armin, FDP: Grundsätzlich deckt sich das Anliegen des Kreditbegehrens mit der Meinung unserer Fraktion. Der Sachverhalt ist eindeutig, wir müssen den hausgemachten Ortsverkehr flüssiger gestalten. Das Projekt Kreisel Wohlerhof und Rex ist sicher eine gut zu realisierende und sehr attraktive Lösung. Die Gestaltung der Kreisel soll möglichst einfach und ohne grosse langfristige Unterhalts- und Folgekosten gelöst werden.

Perroud Hedy, EL & Grüne: Die Fraktion SP/Eusi Lüüt und Grüne hat den Antrag und die Situation der geplanten Kreisel ausführlich studiert und besprochen.

Das vorliegende Projekt hat Vorteile für den Verkehrsfluss, es wird für die Autofahrer keine grossen Rückstaus mehr geben. Die Velofahrer bekommen Radspuren, die Fussgängerstreifen werden sicherer gemacht durch die Inseln. Für den Bus und den Ortsbus wird es weniger Wartezeiten geben, was den OeV attraktiver macht. Alles in allem resultiert eine Verbesserung der Verkehrssituation.

Der Betrag von Fr. 1,2 Mio. ist allerdings sehr gross, angesichts unserer Finanzlage. Der Kanton bezahlt die gleiche Summe, wobei auch noch Gemeindestrassen profitieren. Sicher ist, dass die Strassenbeläge in nächster Zeit sowieso saniert werden müssten. Wir müssen uns klar sein, dass aufgeschobene Aufgaben trotzdem einmal in Angriff genommen werden müssen, und dass die Finanzen vom Kanton nicht mehr gesichert wären, wenn wir den Bau der Kreisel aufschieben würden.

Im Rahmen des Agglomerationsprogrammes können beim Bund evtl. Kostenbeteiligungen geltend gemacht werden, sofern die Projekte den Langsamverkehr verbessern, was beim vorliegenden Plan der Fall ist. Ich hoffe, der Gemeinderat hat sich schon darum gekümmert und beim Kanton nachgefragt. Für Projekte, welche in den nächsten 4 Jahren realisiert werden, können Anträge gestellt werden.

Unsere Fraktion wird dem Kredit für die beiden Kreisel zustimmen.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Freis Wohle und EVP können dem Bericht und Antrag mehrheitlich zustimmen. Wir haben A gesagt zum Bärenkreisel und B gesagt zum Sternenkreisel. Dies ist nun die Fortsetzung eines Verkehrskonzeptes.

Für mich ist die Sicherheit ein wichtiger Aspekt. Ich bin ein leidenschaftlicher Velofahrer und gehe mit dem Velo zur Arbeit. Der Kreisel ist ein grosser Vorteil für die Velofahrer, da es sicherer wird. Unglaublich viele Personen müssen diese Passage machen. Selbstverständlich hat das Ganze auch einen Nachteil: Es kostet relativ viel. Daher sind wir in der Fraktion nicht einstimmiger Meinung.

Tanner Peter, SVP: Unsere Partei ist ja nicht gerade als autofeindlich bekannt. Trotzdem haben wir beinahe einstimmig Nein gesagt zu diesen beiden Kreiseln. Unser Nein ist insbesondere wegen unserer Finanzmiesere zustande gekommen. Wir haben ca. Fr. 22 Mio. Nettoschulden – dies wurde mindestens so gesagt. Haben wir aber nicht über Fr. 40 Mio., die verzinst werden müssen? Dies würde nur aufgrund dieser Schulden ein namhafter jährlich zu entrichtender Betrag ergeben. Man glaubt es kaum, dabei sind Fr. 10 Mio. Bifang und Fr. 13 Mio. für die Ausfinanzierung der APK noch nicht dabei.

Auch zu beachten sind die gemeindeeigenen Immobilien, die immer gerne zur Senkung der Schulden herangezogen werden. Darum auch Nettoschulden in etwa Fr. 22 Mio., nicht Fr. 40 Mio. Aber neben den Zins- und Abschreibungskosten kommt immer noch Aufwand hinzu, da diese Immobilien, wie z.B. das Casino nicht selbsttragend sind (Rechnung 2006 minus Fr. 80'000.00).

Es ist allen bewusst: wir sind in einer himmeltraurigen Finanzsituation. Und dann soll die Gemeinde Fr. 1'245'000.00 ausgeben für etwas, das überhaupt nicht zwingend nötig ist. Oder vielleicht nur deshalb, dass man an die Million des Kantons herankommt. Unsere Fraktion findet das unklug, ich persönlich finde es verantwortungslos - besonders vom Gemeindeammann, da dieser sagt, dass die vollen Fr. 23 Mio. für Bifang und APK ausgegeben werden müssen, sollen oder können.

Ich wiederhole: Fr. 1'245'000.00

- um 1 Stunde Stau pro Tag zu entschärfen.
- dass es nachher höchstwahrscheinlich wieder mehr Verkehr anzieht. Gewisse Parteien hier im Saal sagen dies.
- dass der Ortsbus noch mehr konkurrenziert wird.
- obschon andere Entschärfungsmöglichkeiten nicht geprüft worden sind. Ich spreche nicht vom Einbahnverkehr. Es gäbe noch andere Möglichkeiten.
- obschon der Kanton seinen Anteil von Fr. 1'030'000.00 höchstwahrscheinlich auch später noch sprechen würde.

Bei gutgehender Wirtschaft, wie wir sie jetzt haben, sollten die Gemeinden Schulden abbauen, um dann bei einer wirtschaftlichen Depression investieren zu können. Antizyklisches Verhalten nennt man das.

Im Übrigen ist bestätigt worden, was wir schon lange ahnten: Zwei Drittel des Verkehrs sind hausgemacht. Also sorgen wir weitgehendst selber für den Stau. Es geht also nicht um den Durchgangsverkehr.

Setzen wir nun endlich ein Zeichen und sagen Nein. Wir haben im 2007 bereits Fr. 95'000.00 für eine kleine Badisanierung, Fr. 1.5 Mio für Computer ausgegeben, heute kommen noch Fr. 500'000.00 für die beiden Heizungssanierungen hinzu. Zusätzliches hätte für das ganze Jahr nicht mehr Platz. Insbesondere die FDP, die an der letzten Einwohnerratssitzung wegen Fr. 80'000.00 fast über uns hereingezogen ist, spricht nun ganz grosszügig Fr. 1'245'000.00 – ich sage nicht zwingend nötig - resp. Fr. 1'759'040.00, rechnet man die 20 Jahre Mal die Annuität von Fr. 87'952.

Die gehörten Absichtserklärungen – nicht zuletzt auch vom Fiko-Präsidenten – sind für die SVP bei Annahme dieses Kredites grosse Lippenbekenntnisse. Wir könnten ein anderes Verkehrskonzept aufziehen, z.B. Linksabbiegeverbot bei der Bünzstrasse. Das sollte man mal durchziehen. Wir haben kein Geld, darum geht es! Insbesondere wegen der finanziellen Situation sagen wir Nein. Der Gemeindeammann erwähnte ein neues Verkehrskonzept. Mir ist es sehr unwohl, dies heute zu beschliessen und danach wird ein neues Verkehrskonzept vorgelegt. Ich bitte Sie, diesem Kredit nicht zuzustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich gehe auf das Votum von Peter Tanner ein. Er durchmischt da Kraut und Rüben ein wenig.

Finanzielles: Es ist sachlich falsch, wenn immer behauptet wird, dass Wohlen in einer Finanzmisere steckt. Das Problem ist, dass wir eine schwache Eigenfinanzierung haben und nun 2 grosse Aufgaben anstehen: APK und Bifang. Matthias Jauslin hat gesagt, dass wir nur dann Lösungen finden, wenn wir aufeinander zugehen. Ich bin der Ansicht, dass bereits seine Worte bei Ihnen abprallen. Es geht nur, wenn man aufeinander zugeht. Die Schuldenlage von Wohlen ist nicht schlimm, aber wir haben Aufgaben, welche innert Kürze kommen und uns stark belasten.

Bei den Mitteilungen wurde der Eingang des Vorstosses Legislaturprogramm vermeldet. Erwarten Sie keine Wunder. Die wesentlichen Sachen sind im Finanzplan enthalten und wir haben ein Instrumentarium, den Verkehrsrichtplan 96, zu dem alle, welche zu dieser Zeit im Einwohnerrat waren, beigetragen haben. Man ist nun daran, diesen konkret umzusetzen. Ich stelle fest, dass wir die selbe Situation haben, wie am 08. Dez. 2003 nach einem abgelehnten Voranschlag, als die SVP – als Wirtschaftspartei – dazu beitragen wollte, den Kreisel am Kirchenplatz, welcher bestens funktioniert, zu verhindern. Auch die Erschliessung wollte man verhindern. Die Folge wäre, dass private Investoren bei der Streba nicht hätten bauen können. Zum Glück gab es im Einwohnerrat eine Mehrheit, welche dies beschlossen hat.

Eine falsche Behauptung von Einwohnerrat Peter Tanner: Er hat den Kanton erwähnt. Ich bin nicht überrascht, daher habe ich mich darauf vorbereitet. Dass man diesem Geschäft aus finanzieller Sicht nicht zustimmt, ist mir klar. Diesen Gedanken darf man haben. Ich wollte vom Kantonsingenieur wissen, was die Konsequenzen sind, falls wir zu diesem Kredit Nein sagen. Er hat mit E-Mail folgendes mitgeteilt:

1. Das Projekt wurde auf Wunsch der Gemeinde Wohlen in enger Zusammenarbeit mit der Bauverwaltung erarbeitet. Es entspricht dem Verkehrsrichtplan der Gemeinde Wohlen und bringt Vorteile für die Sicherheit, für die Radfahrer und für den Bus und vor allem weniger Stau.
2. Eine Ablehnung des Einwohnerrates hätte die Streichung der genannten Vorteile zur Folge. Der Kanton müsste davon ausgehen, dass Wohlen auch andere Strassenbauvorhaben in Frage stellen dürfte. In diesem Falle würden solche Vorhaben zurückgestellt. In den nächsten 2-3 Jahren müsste der Strassenbelag im Projektperimeter dringend erneuert werden. Es wäre so, dass aufgrund des schlechten Belagsaufbaus der Betrag von Fr. 450'000.00 eher tief geschätzt ist. Belagserneuerungen sind für die Gemeinde gebundene Ausgaben. Für Projekt und Finanzierung ist keine Zustimmung der Gemeinde notwendig. Weder der Einwohnerrat noch der Gemeinderat müsste darüber diskutieren.
3. Der bisherige Planungsaufwand für dieses Projekt beträgt ca. Fr. 100'000.00. Die Hälfte davon, Fr. 50'000.00, würde der Gemeinde umgehend in Rechnung gestellt.

Tragen Sie dazu bei, dass in diesem Dorf gehandelt wird und dass wir vorwärts kommen. Wir dürfen uns nicht in das Schneckenloch zurückziehen. Wir können nicht jahrelang planen und nachher nicht umsetzen. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen: Es kommen noch andere Sachen: Nutzenbachstrasse oder Kreisel Richtung Anglikon – da hat es Mitglieder des Einwohnerrates, welche die Situation sehr genau kennen. Sagen Sie ja zu diesem Projekt, es ist ein gutes.

Thiébaud Alain, FDP: Ich möchte kurz zu den Anschuldigungen der SVP Stellung nehmen. Es ist natürlich schon so und wir haben uns diese Ausgabe sehr gut überlegt. Verkehrsplanung ist keine einfache Sache. Es ist eine Sache, die verschiedene, aufeinander abgestimmte Massnahmen und ein Gesamtkonzept haben muss, da ansonsten an einem Ort die freie Durchfahrt und an einem anderen Ort der grösste Stau herrscht. Auch müssen die entsprechenden Grundlagen betrachtet werden. Es gibt z.B. die Schweizerische Signalisationsverordnung und andere kantonrechtliche Grundlagen, welche ganz klar sagen, was auf den Strassen möglich ist. Alle grossen Strassen der Gemeinde Wohlen sind Kantonsstrassen. Wenn man Veränderungen anstreben will, muss man dies in Zusammenarbeit mit dem Kanton machen. So einfach geht es nicht. Wir kamen überein, dass der Kreisel folgerichtig ist und in die Verkehrsplanung passt und den Verkehr flüssiger durch das Dorf rollen lässt. In diesem Sinne müssen wir sagen, dass es sich um ein sinnvolles Projekt handelt. Und eine Alternative hat hier im Saal bekanntlicherweise niemand aufgezeigt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Peter Tanner hat etwas betr. Verkehrserhebung gesagt. Der Bericht, welcher veröffentlicht wird, ist nichts anderes als Zählungen und Daten. Es ist nichts enthalten, was diesem Vorgehen widersprechen würde.

Bertschi Bruno, SVP: Ich bin eigentlich jemand, der für Kreisel schwärmt. Es ist etwas gutes und aktiviert den Verkehrsfluss, auch wenn man manchmal abends um 17.15 Uhr bereits beim Chly Paris anhalten muss, da es vorne nicht weitergeht. Dies ist jedoch ein Detail. Was mich jedoch stört an den Kreiselprojekten, ist, dass ein Kreisel immer Millionen kosten muss. Es muss immer Granit sein, es werden Pflastersteine im Stundenlohn geklopft. Das ist einfach nicht normal. Gehen Sie in andere Länder oder Kantone. Dort hat man andere Möglichkeiten, um einen Kreisel zu gestalten. Der Kanton ist natürlich in einer komfortablen Situation. Die haben ihre Strassenbaukasse, welche in jedem Jahr durch Treibstoffzölle und durch Einnahmen des Strassenverkehrsamtes mehr als gefüllt wird. Denen ist egal, was es kostet. Es heisst dann einfach: Gemeindeanteil gemäss Dekret 50 %. Ich bin der Ansicht, dass man hier Einfluss auf den Kanton nehmen sollte. Die Strassenbaukasse könnte sowieso liquidiert und in die ordentliche Rechnung eingefügt werden. Ich persönlich empfinde dies als eine Nötigung, wenn der Kantonsingenieur sagt, dass wir entweder ja sagen oder dann jahrelang warten müssen. Er ist zwar ein Chefbeamter, aber er ist noch nicht der Höchste im Kanton Aargau. Es gibt andere, welche etwas zu sagen haben.

Ich habe Mühe dem Kreisel zuzustimmen – dies nur aus finanziellen Gründen. Betr. Verkehr finde ich die Kreisel gut.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Ich habe mein Velo bekanntlich gegen den Rollstuhl eingetauscht. Es macht auch keinen Sinn, für einen Rollstuhlfahrer einen Kreisel zu bauen. Ich möchte jedoch meine Erlebnisse mit der Überquerung beim Rex bekannt geben. Dies ist nämlich ein Ort, bei dem ich tatsächlich schon mal aus dem Rollstuhl gefallen bin. Ich persönlich würde die neuste Verkehrssituation sehr begrüssen, zumal die Passierbarkeit vor dem Ärztehaus mit den Parkplätzen für einen Rollstuhlfahrer schlicht lebensgefährlich ist, da man nie weiss, ob derjenige, der aus dem Parkplatz fährt, einen sieht. Die Situation ist noch nicht ganz geklärt, aber es steht mindestens im Bericht der GPK, dass dieses Problem behoben wird.

Was Bruno Bertschi vorhin gesagt hat, ist eigentlich korrekt. Der Kanton hat tatsächlich Geld für die Strassen. Ich hoffe, dass die Gemeinde dies entgegen nimmt und die Hochbauten im Unterhalt etwas mehr bewertet als die Strassen, da dort mehr Geld von Bund und Kanton vorhanden ist. Faktoren, wie beispielsweise der Zustand des Belages zählen für mich wenig. Die Belagsauslagen sind ca. 1/6 des Ganzen, das sind in etwa 16 %. Eher frage ich mich momentan, ob der Zeitpunkt der richtige ist.

Der Kreiselmарathon wäre noch nicht vorbei. Zwischen dem Bärenkreisel und dem Wohlerkreisel braucht es meiner Meinung nach evtl. halt doch noch einen weiteren Kreisel. Und dann dürfen wir den Chäber mit der Kirchenkurve beim Sternen nicht vergessen.

Warum ich diesen beiden Kreisel nun doch zustimme, ohne Wankelmütigkeit aber mit Bauchschmerzen, hat für mich folgenden Grund: Wir haben momentan keine Wahl etwas anderes auszulesen. Ich bedaure es, dass wir 1996 und vorher den damaligen Versuch nicht gestartet hat. Dies hätte die Gemeinde nicht viel gekostet, aber man hätte heute eine Entscheidungsgrundlage. Diese Chance habe ich heute nicht und daher stimme ich dem Bericht und Antrag mit Bauchweh zu.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Baukredits von Fr. 1'245'000.— (indexgebunden, Basis Index September 2006) als Gemeindeanteil für die Umgestaltung Knoten Wohlerhof und Alte Bahnhofstrasse in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau einer unterirdischen Sammelstelle.

wird mit 27 Ja- zu 10 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 11039 betr. Änderung Bauzonenplan im Gebiet bbz berufsbildungszentrum freiamt

Unteregger Thomas, GPK-Präsident: Ich vertrete Andy Bächer und werde seine Zusammenfassung Wort für Wort übernehmen. Ich war an dieser Sitzung ferienhalber abwesend.

Die GPK hat an der 9. Sitzung vom 19. April 2007 im Beisein von Gemeindeammann Walter Dubler und Bauverwalter Werner Mäder den Bericht und Antrag 11039 betr. Änderung Bauzonenplan im Gebiet bbz berufsbildungszentrum freiamt behandelt.

Ausgangslage:

Gemäss Bauzonenplan liegt das Baugrundstück des bbz freiamt in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen, ausgenommen einer kleinen Fläche im östlichen Bereich. Diese Teilfläche sowie die Zufahrtsstrasse Bachmattenweg, im Halte von 770 m² sind der Grünzone zugeteilt. Seit jeher wird das ganze Baugrundstück des bbz freiamt als Baufläche genutzt. Der besagte Flächenabschnitt ist (laut Aussage der Verwaltung) aus unerklärlichen Gründen der Grünzone zugeteilt und seit je her mit Velo- und Mofaunterständen sowie Autoabstellplätzen belegt.

Die Grünzone dient gemäss BNO zur Erhaltung des Landschaftsbildes und Gliederung des Baugebietes. Sämtliche Bauten sind untersagt. Durch den Abbruch der bestehenden Parkierungsanlage verfällt die Besitzstandswahrung. Eine Neuerstellung setzt eine Umzonung dieses Landabschnittes in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen voraus.

Mit dieser Umzonung wird der befestigte Platz und ein Teil des Bachmattenweges der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen zugeführt. Im gleichen Zuge wird der restliche Teil des Bachmattenweges der Wohnzone 2 zugeteilt.

Dieser Antrag bedeutet eine Reduktion der Grünzone und eine Erweiterung der Bauzone. Ein GPK-Mitglied fordert entsprechenden Realersatz an Grünzone. Der Bauverwalter wies darauf hin, dass an verschiedenen anderen Orten neue (allerdings nicht speziell ausgeschiedene) Grünzonen geschaffen werden. Beispiele sind die verschiedenen Bachöffnungen und der Spielplatz Bleichi. Im Weiteren ist die ganze Fläche bereits heute ein befestigter Platz.

Gegen die Änderung sind keine Einsprachen eingegangen und der Vorprüfungsbericht des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt lautet positiv.

Die GPK unterstützt den gemeinderätlichen Antrag mit 4 : 1 Stimmen bei 2 Abwesenden und bittet Sie, den Bericht und Antrag zu unterstützen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Seitens der GPK wurde alles gesagt. Wir bitten Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Steiner Landert Judith, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon unterstützt die Änderung des Bauzonenplanes mit einer knappen Mehrheit.

Wir erkennen jedoch die folgenden negativen Aspekte:

Es handelt sich um eine weitere Teilrevision des Bauzonenplanes: Es ist jetzt schon die 20. oder 21. Teilrevision. Wir wollen keinen Flickenteppich, sondern einen konsolidierten Bauzonenplan als modernes Instrument für die bauliche Entwicklung.

Die Vorlage lässt auf eine oberflächliche Arbeitsweise des Gemeinderates schliessen: Offenbar müssen Erschliessungsbauten (Veloständer und Parkfelder) im Bereich des Grünstreifens – wo eigentlich ein Bauverbot herrscht - erstellt werden. Dies hätte nicht bewilligt werden dürfen und darf nicht bewilligt werden, wenn ein Grünstreifen vorhanden ist. Somit fehlt es dem bbz an der nötigen Erschliessung nach Art. 32 Baugesetz, weil die Baureife nicht gegeben ist.

Es ist ein weiteres Beispiel, wo sich die Gemeinde die Baubewilligung selber gibt und zwingende Bestimmungen nicht anwendet. Wir erinnern Sie an die Niedermatten, bei welcher der Zugang für behinderte Personen bis heute fehlt, obschon das Baugesetz dies verlangt (Motion Spörri).

770 m² Grünzone umzuzonen setzt normalerweise voraus, dass Realersatz geschaffen wird. Dazu fehlen in den Akten jegliche Hinweise. Die Fraktion nimmt die Vorlage nur an, weil der Gemeinderat den Einwohnerrat vor vollendete Tatsachen stellt.

Keller Anna, EL & Grüne: Wir stimmen dieser Umzonung zu, da es an sich nur um eine Richtigstellung eines bestehenden Zustandes handelt.

Donat Ruedi, CVP-CSP: Ich gebe Ihnen die Fraktionsmeinung der CVP für die Bericht und Anträge 11039 und 11040 bekannt. Wir haben dieses Geschäft behandelt und sind einstimmig für beide Bericht und Anträge.

Thiébaud Alain, FDP: Auch wir stimmen den beiden Vorlagen zu.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung der Änderung des Bauzonenplanes im Gebiet Berufsbildungszentrum
Wohlen Freiamt.*

wird mit 34 Ja- zu 3 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 11040 betr. Änderung Bauzonenplan im Gebiet Hofmatten, Teilparzelle Nr. 2379

Unteregger Thomas, GPK-Präsident: Auch bei diesem Geschäft hat Andy Bächer das Papier verfasst.

Am 15. Dezember 2005 stellt Frau Rosalia Lüthi-Briefer das Begehren, den Landabschnitt der Parzelle Nr. 2379, welcher sich in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen befindet in die Wohnzone W2 umzuzonen. Wenn das Land nicht umgezont wird, könnte die Landeigentümerin von der Gemeinde den Erwerb zum Verkehrswert verlangen.

Die Zonengrenze basiert auf einem alten Erschliessungskonzept. Die im Erschliessungsplan Quartier Rebberg aus dem Jahr 2003 inzwischen festgelegte Wagenrainstrasse und der in der Verlängerung nach Nordwesten weiter verlaufende Fussweg schaffen neue Voraussetzungen bezüglich der Zonengrenze.

Es besteht kein Interesse seitens der Gemeinde, die heutige angrenzende Gemeindeparselle mit dem Werkhof des Bauamtes flächenmässig zu erweitern. Die neue Situation bildet eine logische Abgrenzung zwischen der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen und der Wohnzone W2. Sie wird durch die topographischen Verhältnisse noch bestärkt.

Auch bei diesem Begehren liegt ein positiver Vorprüfungsbericht des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt zu Grunde und es sind keine Einsprachen eingegangen.

Die GPK unterstützt den gemeinderätlichen Antrag mit 5:0 Stimmen bei 2 Abwesenden und bittet Sie, den Bericht und Antrag zu unterstützen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Präsident der GPK hat das Wesentliche gesagt. Wir bitten Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Keller Anna, EL&Grüne: Auch hier sind wir der Meinung, dass es nur folgerichtig ist, diese Umzonung vorzunehmen.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der Änderung des Bauzonenplanes im Gebiet Hofmatten, Teilparzelle Nr. 2379

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 11047 betr. Anpassung der Schwimmbad- Eintrittspreise

Gregor Ariane, GPK-Sprecherin: Die GPK hat an der Sitzung vom 19. April 2007 den Bericht und Antrag über die Anpassung des Gebührenreglementes betreffend Eintrittspreise Schwimmbad Bünzmatt mit Interesse geprüft. Als Vertreter des Gemeinderates stand Matthias Jauslin kompetent Red und Antwort.

Das bestehende Gebührenreglement stammt aus dem Jahr 1996. Die Gebührenansätze sind zum Teil nicht mehr der heutigen Zeit entsprechend. Der Gemeinderat will alle Gebühren überprüfen, und hat sich für ein schrittweises Vorgehen entschieden, da für eine Überarbeitung des gesamten Reglements die Hürde im Einwohnerrat zu hoch sein könnte. Die erste Tranche gilt also der seit letztem Samstag eröffneten Badi, weitere Anpassungen werden folgen. Heute sind die Preise für die Badi sehr tief, kaum marktgerecht. Unter Berücksichtigung der Tarife in anderen Schwimmbädern der Region und in Absprache mit der Bauverwaltung und den Badmeistern wurden neue Ansätze festgelegt. Auch die neuen Preise sind bei weitem nicht kostendeckend.

Dass das gesamte Gebührenreglement überarbeitet wird, erntet grosses Lob. In vielen Bereichen wurden verbrauchergerechte Anpassungen seit längerer Zeit gefordert, auch schon von Kommissionen erarbeitet, so z. B. bei der Bibliothek oder der Schulraumvermietung. Auch ist eine Motion der CVP betreffend Parkplatzbewirtschaftung hängig. Es existieren genügend Gründe, eine Anpassung als zwingend zu erachten. Aus wirtschaftlicher und zukunftsorientierter Sicht muss das überarbeitete Reglement den Charakter einer rollenden Gebührenentwicklung erhalten.

Eine schöne und noble Geste zu Gunsten der Jugend in und um Wohlen sind die Gratiseintritte der Kinder während den Sommerferien.

Warum der Gemeinderat für auswärtige Benützerinnen und Benützer keine höheren Gebühren vorschlägt, wird stark bemängelt. Als Regionalzentrum haben wir Infrastrukturen, von welchen umliegende Gemeinden in ungerechtfertigter Weise profitieren können. Leider ist eine Tariferhöhung für Auswärtige für den Gemeinderat mit zu viel Aufwand betreffend Kontrolle verbunden.

Die GPK kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

Die Kommission stimmt der Gebührenanpassung für die Badi grossmehrheitlich zu. Sie ist allerdings der Meinung, dass die Anpassung etwas bescheiden ausfällt. Sie fordert den Gemeinderat auf:

1. zügig die Überprüfung und Anpassung der übrigen Gebühren zu bearbeiten.
2. Mittel und Wege zu finden, um die Nachbargemeinden an den Kosten von öffentlichen Anlagen zu beteiligen, welche auch von deren Einwohnern mitbenutzt werden.

Die GPK stimmt dem Bericht und Antrag bei 5 Anwesenden mit 4 : 1 zu.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir haben ein Gebührenreglement. Ich möchte es jedoch anders aufgleisen. Wir haben bei uns in Wohlen eine Unternehmung, welche ein Schwimmbad zur Verfügung stellt all jenen, welche eine öffentliche Anlage benutzen wol-

len. Und für all jene, die eine öffentliche Anlage benützen wollen, stellen wir diese zur Verfügung, wollen jedoch auch etwas. Bis anhin hat ein Kind Fr. 1.00 bezahlt und konnte dafür einen ganzen Tag die Badi benutzen. Wir sind der Ansicht, dass auch marktgerechte Preise sinnvoll sind. Wir sind der Ansicht, dass dieser Betrag angepasst werden muss. Dies ist für uns keine Gebühr, sondern ein Eintritt, denn wenn Sie wollen, können Sie auf die Badi verzichten.

Wir haben nicht nichts gemacht dafür, wir haben gewisse Investitionen getätigt, welche Sie uns bewilligt haben. Wir haben unter anderem auch das Chemikaliengebäude ergänzt oder soweit aufbereitet, dass das Badewasser in einem Top-Zustand sein wird. Wir haben Beschattungssegel beim Kinderwasserbecken angebracht und einen Durchgang Richtung Minigolfanlage geschaffen. Das sind alles Sachen, welche auf unbürokratische Weise und auf schnelles Entscheiden von Gemeinderat und Bauverwaltung durchgeführt werden konnten.

Nun haben wir schlussendlich noch den Kostenfaktor. Wir sind der Ansicht, dass dieser durchaus berechtigt ist. Uns ist klar, dass wir so keine Vollkostenrechnung machen können und dass der gesamte Teilaufwand noch nicht gedeckt ist. Uns ist jedoch auch klar, dass wir solche Anpassungen rollend machen müssen. Daher werden wir möglichst bald über weitere Positionen in diesem Reglement befinden müssen.

Ich möchte noch einen praktischen Hinweis geben: Wir haben neu eine sogenannte Familienkarte geschaffen. Da kann die ganze Familie, egal wie viele Kinder, für Fr. 160.00 eine Saison lang die Badi besuchen. Und die, die es gemerkt und ausgenützt haben, vom letzten Samstag bis heute Montag konnte die Badi gratis benutzt werden. Da der Einwohnerratsentscheid noch nicht gefällt war, haben wir die Badi gratis für alle gemacht. Es ist natürlich schade, dass das Wetter nicht mitgespielt hat. Wir werden jedoch bis Ende Mai allen Einwohnern die Möglichkeit geben, alle Saisonkarten mit 10 % Rabatt zu beziehen. So haben wir auch marketingmässig etwas gemacht. Benutzen Sie die Badi, denn so schlecht wie sie immer dargestellt wird, ist sie gar nicht.

Wir bitten Sie, der bescheidenen Erhöhung der Eintrittspreise zuzustimmen.

Fricker Ronny, CVP-CSP: Unsere Fraktion ist sehr froh, dass die Gebührengeschichte ein Anfang genommen hat. Unser Ziel ist nicht, die Einwohner mit möglichst hohen Gebühren zu belasten. Eine Gebühr ist der Preis für eine erhaltene Leistung. Wenn der Preis im Verhältnis zur Leistung steht, ist nichts einzuwenden. Unsere zweifellos schöne und grosszügige Badi mit einem bald 40jährigen Baumbestand ist uns etwas wert, nämlich einen angepassten Eintrittspreis. Wir haben eine sehr günstige Badi und die Badigäste haben bis jetzt, aber vielleicht nicht mehr lange, erst noch gratis parkiert. Gegen die vorgeschlagenen Eintrittspreise haben wir nichts einzuwenden. Daher ist unsere Fraktion einstimmig für die Anpassung der Eintrittspreise.

With Corinne, SP: Ich gebe Ihnen die Meinung von SP und EL & Grüne bekannt. Wir erachten die höheren Eintrittspreise als angemessen und vertretbar. In welcher Badi kann ein Kind noch für Fr. 1.00 baden gehen? Nicht einmal mehr in einem Seebad, wo man für die Wasseraufbereitung sicher die geringeren Auslagen hat.

Höhere Eintrittspreise haben Bremgarten und Muri, diese wurden bekanntlich saniert. Bei uns wäre dies nicht gerechtfertigt. Sympathisch erachten wir, dass von nun an eine Familienkarte für Fr. 160.00 gelöst werden kann. Auch dass alle Saisonabos bis Ende Mai mit 10 % Rabatt bezogen werden können, finden wir super.

Wozu wir den Gemeinderat jedoch noch ermuntern möchten, ist, dass dieser bei den Nachbargemeinden anklopft und einen Beitrag fordert, da bei uns alle Schulkinder während den Sommerferien gratis in die Badi gehen können. In Bremgarten beispielsweise können nur die ortsansässigen Kinder die Badi gratis benutzen. Dies möchten wir dem Gemeinderat als Anstoss mitgeben. Wir stimmen dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Stäger Urs, SVP: Die Fraktion ist einstimmig dagegen.

1. Die SVP als bürgerliche Partei lehnt jegliche Gebührenerhöhung ab, umso mehr als dass der Regierungsrat unserer Gemeinde befohlen hat, unseren Steuerfuss um 10 % zu erhöhen. Wieso sollen da noch Gebühren erhöht werden?
2. Solange alleine die Unterhaltskosten der Niedermatten fast doppelt so gross wie das Defizit der Badi ist, kann über eine Gebührenerhöhung nicht diskutiert werden. Im Gegensatz zur Sportanlage kann die Badi jedermann frei benutzen. Zudem bin ich der Ansicht, dass es in Wohlen viele Familien gibt, die einen Betrag in dieser Grösse nicht einfach so aufbringen können – siehe Steuerertrag.
3. Wir haben deutliche Hinweise seitens des Gemeinderates – wir haben dies auch heute Abend schon gehört - dass diese Gebührenerhöhung erst der Anfang einer ganzen Welle ist. Auch die Grüngutgebühr soll wieder auf den Tisch kommen. Dem müssen wir einen Regel schieben.
4. Dass die Schulkinder die Badi während den Sommerferien gratis benutzen können, finden wir gut. Hingegen ist bei den auswärtigen Kindern während den Schulferien ein Eintritt zu erheben. Die ist mit geringem Kontrollaufwand zu bewerkstelligen. Die Gemeinden Buchs und Rohr machen dies seit Jahren so.

Zusammengefasst: Lehnen Sie diese Gebührenerhöhung bitte ab.

Siebenmann Johannes, EVP: Wir sind einstimmig dafür. Das Wesentliche hat Ariane Gregor, GPK-Sprecherin, bereits erwähnt. Auch wir erachten die Erhöhung, vor allem auch im Vergleich zu den umliegenden Badis, als sehr massvoll und wie auch schon gesagt wurde, dass sie in Zukunft durchaus auch noch höher ausfallen kann. Die Leistungen wurden von Matthias Jauslin aufgezählt. Wir empfehlen die Zustimmung.

Thiébaud Alain, FDP: Die Erhöhung der vorgeschlagenen Eintrittspreise finden wir in Anbetracht der Finanzlage als angemessen. In den Details möchten wir uns nicht verlieren.

Dem Ziel, die öffentlichen Leistungen den effektiven Verursachern zu belasten, kommen wir damit ein Stück näher. Es ist richtig und wichtig, dass öffentliche Leistungen nicht einfach gratis an jeden Mann und unbegrenzt erbracht werden. Wenn wir dies machen würden, würden wir einer starken Anspruchsmentalität Vorschub leisten. Verlangt werden immer mehr Leistungen der Allgemeinheit, zu möglichst keinen Gegenleistungen. Der Staat verkommt so zum Selbstbedienungsladen. Personen, welche eine sogenannte Gebührenerhöhung generell ablehnen, möchten wir sagen, dass sie mit ihrer Haltung unmittelbar zu höheren direkten, da eben nicht verursachergerechten oder verbrauchergerechten Steuern, und damit auch zu einem höheren Steuerfuss, beitragen. In Bezug auf die Badi: Diejenigen, die die höheren Eintrittspreise ablehnen, stimmen ganz direkt für höhere Subventionen, für mehr Geld für die Wohler Badi. Sie lehnen eine Verringerung der bereits heute hohen Beiträge aus dem Topf der Allgemeinheit ab. Dies kennen wir nicht nur von Badis, dies kennen wir auch aus anderen Gebieten auf Bundesebene.

Systematisch Mittel, auch solche, welche berechtigterweise uns als Entgelt für eine Gegenleistung gegeben werden, zu entziehen, führt langfristig zum Bankrott eines Gemeindewesens. Wenn man eine Gemeinde sanieren will, muss man die Ausgaben senken und die Effizienz steigern und man muss gezielt berechnete Mehreinnahmen für staatliche Leistungen

vorsehen. Effizienzsteigerung alleine genügt nicht. Da die Erhöhung der Eintrittspreise ein gezielter, wenn auch nur kleiner Beitrag zur Sanierung des Wohler Finanzhaushaltes verspricht, unterstützen wir die Vorlage einstimmig.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Die neuen Eintrittspreise für das Schwimmbad Bünzmatt (Anhang IV zum Gebührenreglement der Gemeinde Wohlen vom 28. August 1995) seien zu genehmigen und sofort in Kraft zu setzen.

wird mit 28 Ja- zu 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

73

0.011.1

Einwohnerrat; Berichte und Anträge

Bericht und Antrag 11049 betr. Kreditbegehren von Fr. 437'000.00 inkl. MwSt. für die Erneuerung der Heizzentrale Schulanlage Halde

Tanner Peter, GPK-Sprecher: Aufgrund der gemessenen Schadstoffe hat die Feuerungskontrolle am 29. Januar 2003 die 30jährige Heizung erneut beanstandet und hat eine Sanierungsfrist bis 30. Mai 2006 gesetzt. Man hatte also 3 Jahre Zeit, die Frist einzuhalten. Die der GPK vorliegende Beschreibung der konventionellen Sanierungsmöglichkeit stammt vom August 2005. Schon damals hat sich eine Verspätung abgezeichnet. Parallel dazu wurde auch eine Holz schnitzel- oder Pelletheizung geprüft. Allerdings habe ich darüber keine Unterlagen gesehen. Holz schnitzel- oder Pelletheizungen kommen jedoch wegen dem Raumbedarf der Anlage und aufgrund des Heizmaterials nicht in Frage. Zudem ist die Anlieferung des Heizmaterials durch Lastwagen oder Tankwagen ebenso problematisch wegen den zu engen Platzverhältnissen. Unsere Verwaltung hat mit der IB Wohlen AG auch den Nahwärmeverbund, mit bbz, Wietlisbachhaus und Haldenschulanlage verfolgt. Dies hätte für alle 3 Häuser insgesamt nur eine Heizungsanlage zur Folge gehabt. Im Finanzplan 2006 – 2010 waren deshalb die diesbezüglichen Kosten für den Bereich Halde nur mit Fr. 100'000.00 veranschlagt. Spät hat man sich entschieden, auf die Gemeinschaftsheizanlage zu verzichten. Einzelheizanlagen seien aus ökologischen und wirtschaftlichen Überlegungen vorzuziehen. Die GPK hat allerdings keinen detailliert begründeten Bescheid zu Vorwahl und Favorisierung bekommen. Obschon eigentlich von Anfang an genügend Zeit für die Planung vorhanden war, wurde es jetzt noch eiliger, was leider eine Rückstellung anderer wichtiger Geschäfte zur Folge hatte. Mit der Sanierung bereits am 01.06.2006 in Verzug, konnte man allerdings die neue Heizperiode 2007/2008 mit der alten abgesprochenen Anlage nicht nochmals in Angriff nehmen. Durch die Prüfung aller Varianten hat man sich dann im Gemeindehaus entschieden, wieder eine Öl- Gasheizanlage, ergänzt mit einer Solaranlage, zu nehmen. Die Kostenzusammenstellung der definitiven Sanierung der Heizanlage Halde stammt vom 17.03.2007. Der Bericht und Antrag 11049 trägt das Datum 10.04.2007. Man sieht also anhand der beiden Daten die Eile, welche hinter der ganzen Sache steht.

Technische Seite

Die Verwendung fossiler Brennstoffe wird immer mehr unter Beschuss kommen. Sie können zudem auch immer knapper werden. Die GPK hat deshalb eine Abklärung verlangt, ob der Einsatz weiterer Sonnenkollektoren nicht sinnvoll wäre. Aus Platzgründen kann allerdings die Solarfläche am vorgesehenen Standort gar nicht ausgeweitet werden. Die solare

Wassererwärmung für Heizzwecke ist für eine Grossanlage, wie es die Schulanlage Halde ist, überdies nicht wirtschaftlich.

Was bekommen wir nun für die vorgesehenen Fr. 437'000.00?

- Einen Heizkessel mit Wärmerückgewinnung (Kondensator). Bisher hatte die Anlage 1 Mw/h, neu hat sie nur noch 750 Kw/h.
- Einen Brenner für Öl und Gas modulierend, d.h. er stellt selber den wirtschaftlichsten Betrieb ein.
- Einen Boiler.

Die Sanierung der Wärmezeugnisse kostet gut Fr. 195'000.00. Darin enthalten sind noch die Kaminsanierung, Expansionsanlage, Gaswarnanlage, Sanitäranschluss und ein kleiner Teil der Gasleitung.

- Ersetzt wird ausserdem auch die Regulierung und die Hauptverteilung bis unterkant der Decke mit Kosten von Fr. 120'000.00.
- Schlussendlich die solare Wassererwärmung von total 18 m² Flachkollektoren mit ca. Fr. 26'000.00. Durch Minderverbrauch von Gas/Öl werden sich diese Mehrkosten jedoch amortisieren und tragen dann zur Budgetentlastung bei.
- Fr. 83'000.00 sind für Elektroarbeiten, Bauliches, Unvorhergesehenes und Planung bereit zu stellen.

Nach Berücksichtigung von Preisnachlässen und der Mehrwertsteuer ergeben sich die bekannten Fr. 437'000.00.

Einsparung der Energie

Es wird angenommen, dass das Brauchwasser ca. zu 55 % im Jahresschnitt von der Sonne erwärmt wird. Inklusive dieser Einsparung schätzt man zwischen 10 und 20 % Einsparung an Gas oder Öl, inklusive dem solaren Nutzen.

Energiekosten Halde

2005	Fr. 92'000.00
2006	Fr. 107'000.00
2007	Fr. 87'000.00 (budgetiert)

Eine Einsparung von 10 – 20 % wird sich bemerkbar machen.

Schlussbetrachtungen

Weitere Einsparungen sind durch Wärmedämmungen und heizen nach Bedarf zu erreichen, wie Einzelraumsteuerung oder manueller Abschaltung. Da wären wir vermehrt auf den Schulhausabwart angewiesen. Zudem könnte man vermutlich Thermostatventile lückenlos anbringen.

Im Weiteren muss ich Ihnen sagen, sind die Brauchwasserleitungen auch zu überprüfen. Die haben das selbe Alter – nämlich ca. 30 Jahre – und dort ist der Rostfrass auffällig.

Tarife

Gas hält der Verbraucher im Gegensatz zum Heizöl nicht auf Vorrat. Die Lagerung findet anderswo statt und muss über den Tarif auch bezahlt werden. Der Tarif ist dann tiefer, wenn ein sogenannter Doppelbrandkessel, also Gas und Öl, zur Verfügung steht. Dies ist bei der Halde der Fall und der Öltank wurde letztmals 1999 revidiert und sei noch in intaktem Zustand. Im Zuge der Tarifüberprüfung bei Wasser und Strom könnten diese Tarifen für Gas wahrscheinlich auch noch überprüft werden.

Fazit

Die GPK bejaht den Bericht und Antrag einstimmig.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich danke dem GPK-Sprecher Peter Tanner für seine Ausführungen. Er hat praktisch schon alles gesagt. Ich beschränke mich nur noch auf das Wesentliche. Die Heizanlage im Schulzentrum Halde ist 30 Jahre alt und muss zwingend ersetzt werden. Sie muss ersetzt werden,

- weil erstens immer öfters Störungen auftreten.
- weil zweitens seit 2003 die Grenzwerte bezüglich Stickoxyd und Abgasverlust nicht mehr eingehalten werden können.
- weil drittens die 3jährige Sanierungsfrist bereits abgelaufen ist.

Ersetzt werden muss nicht nur alles, was mit der Wärmeerzeugung, sondern auch alles, was mit der Wärmeverteilung zu tun hat.

Abklärungen haben ergeben, dass weder eine Pellet- noch eine Holzschntzelheizung in der Halde sinnvoll sind. Die Gründe sind im Bericht und Antrag aufgeführt.

Nachdem uns die ibw mitgeteilt hat, dass der von ihr in Aussicht gestellte Nahwärmeverbund nicht realisiert wird – dies war alleine der Entscheid der ibw, denn sie hätte die Investitionen getätigt - schlagen wir Ihnen in unserer Vorlage einen Heizkessel (750KW) mit einem Zweistoffbrenner vor: Kondensierend, d.h. mit Wärmerückgewinnung der Rauchgase und modulierend, d.h. der Brenner passt seine Leistung dem Bedarf an, was den Verbrauch optimiert. Es kann so mit Energieeinsparungen von bis zu maximal 20 % gerechnet werden.

Für die Warmwasseraufbereitung sind 18 m² Kollektorfläche vorgesehen (hitzebeständige Flachkollektoren), installiert auf der Terrasse vor dem Lehrerzimmer, also bestens zum Anschauungsunterricht geeignet für interessierte Lehrer mit ihren Schulklassen. Die Kollektoren sind ausgerichtet nach Süd-Süd-West, mit einem Neigungswinkel von 45 Grad, was in den Frühlings- und Herbstmonaten (wo die Sonne flach steht) zu einem relativ hohen solaren Deckungsgrad von ca. 70-80 % führt (der Jahresbedarf beträgt ca. 55 %). Die GPK hat dem Bericht und Antrag einstimmig zugestimmt. Man hat jedoch noch von einem Zusatzantrag gesprochen. Nun weiss ich nicht, ob Sie diesen Zusatzantrag betr. Röhrenkollektoren und Heizunterstützung in der Zwischenzeit fallen gelassen haben.

Der Gemeinderat bittet Sie, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, der Vorlage zuzustimmen.

Tanner Peter, GPK-Sprecher: Wir verzichten auf den Zusatzantrag, da dies gar keinen Platz hat.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die 30jährige Heizanlage muss zwingend ersetzt werden. Leider kann aus Platzgründen keine Holzschntzel- oder Pelletheizung installiert werden. Sehr positiv ist, dass die Warmwasseraufbereitung vorwiegend mittels Sonnenenergie erfolgen wird. Das Kollektorenfeld wird auf der Terrasse vor dem Lehrerzimmer installiert, wo dieses für Demonstrationen im Schulunterricht gut zugänglich ist. Es ist erfreulich, dass auch die Lehrerschaft positiv auf das Vorhaben reagiert und die Anlage den Kindern z.B. im Physikunterricht zeigen will. Dies wird die Vorbildfunktion, wie sie die Gemeinde mit dem Label Energiestadt anstrebt, weiter stärken.

Als negativer Punkt möchte ich erwähnen, dass der beantragte Kredit mit Fr. 437'000.00 um Fr. 337'000.00 über den im Finanzplan vorgesehenen Betrag von Fr. 100'000.00 liegt. Wa-

rum dem so ist, konnte uns Doris Becker aufzeigen. Nichts desto trotz zwingt uns dies dazu, bei anderen Investitionen zu sparen.

Die Fraktion Freis Wohle und EVP wird dem Antrag einstimmig zustimmen.

Duschén Andrea, FDP: Ganz am Anfang möchten wir festhalten, dass die Vorlage sauber und bis ins Detail abgeklärt wurde. Trotzdem haben wir noch einige Fragen, die uns beschäftigen. Im Bericht steht geschrieben: „Die Anlage ist 30 Jahre alt und muss ersetzt werden.“ Unsere Frage nun: Könnte auch stehen, kann ersetzt werden? Bei unserer finanziellen Lage könnte man die Anlage evtl. auch noch 2-3 Jahre laufen lassen.

Hat man die Reparaturkosten den Neukosten gegenüber gestellt? Ist dies wirklich eine so grosse Differenz? Ich nehme an, dass mir dies jemand beantworten kann.

Im Finanzplan sind Fr. 100'000.00 enthalten. Ich habe die Erklärung nicht ganz verstanden, warum dieser nun 4.3x mehr ist. Das macht mir etwas Angst. Sind evtl. noch andere Abweichungen dieser Grössenordnung im Finanzplan enthalten?

Trotz diesen Fragen stimmt die FDP den Kindern zu liebe diesem Antrag zu.

Becker Doris, Gemeinderätin: Wie ich schon erwähnt haben, muss die Heizung aus den vorhin erwähnten Gründen zwingend ersetzt werden.

Betr. Fr. 100'000.00: So wie ich informiert bin, waren im Finanzplan 2005 Fr. 500'000.00 enthalten, die hat man aufgrund des möglichen Wärmeverbundes der ibw reduziert, da es dabei nur um die Wärmeverteilung, nicht mehr um die Wärmeerzeugung ging.

Brunner Franz, CVP-CSP: Die Heizung des Haldenschulhauses muss aus verständlichen Gründen saniert werden. Die vorgeschriebenen Grenzwerte sind bereits bei der Feuerungskontrolle im Jahr 2003 beanstandet worden. Auch sind während der Heizperioden vermehrt Störungen aufgetreten. Nach Prüfung von verschiedenen Lösungsmöglichkeiten wurde eine Gasheizung als die wirtschaftlichste Variante vorgeschlagen. Wir erachten dies als einen sinnvollen Entscheid. Wir unterstützen den Kredit einstimmig.

Steiner Landert Judith, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon unterstützt dieses Kreditbegehren mehrheitlich.

Wir sind trotzdem erstaunt, dass eine Schnitzel- oder Pelletheizung aus Platzgründen verworfen wurde – andere Gemeinden forcieren die Pelletheizungen, weil sie aus ihrem Gemeindewald entsprechende nachhaltige Energie generieren können. Besonders auch im Sinne des Labels „Energistadt Wohlen“ ist diese Überlegung sicher angebracht. Wir erwarten, dass der Energiebezug bei der IB Wohlen AG zu einem korrekten Preis erfolgt.

Wir haben es vorhin schon 2x gehört: Wir wissen seit 2003, dass die Anlage beanstandet wird und verstehen daher nicht, warum im Finanzplan 2006-2010 nur Fr. 100'000.00 zurückgestellt wurden.

Wir erwarten, dass für die Gemeindebauten die laufende Ersatz- und Investitionsplanung kontrolliert und wo nötig korrigiert wird, dies insbesondere im Hinblick auf die Budgetierung.

Suter Stefan, SP: Ich gebe Ihnen die Fraktionsmeinung SP und EL&Grüne bekannt. Wir stimmen für den Antrag. Wir wollen keine frierenden Kinder haben. Wir haben nicht jedes Jahr das Glück, einen solch milden Winter zu haben wie in diesem Jahr. Es hat sich gezeigt,

dass die Heizung alt ist, aber man hat es immer auf die lange Bank geschoben. Nun hat es uns kalt erwischt, jetzt, wo wir kein Geld haben. Somit müssen wir nun dafür bezahlen und ja dazu sagen. Aber ein überzeugtes Ja, denn je besser die Kinder durch die Wärme geschützt sind, umso besser können sie lernen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich mag mich erinnern, in meinen ersten 1-2 Einwohnerratsjahren hat Erwin Meier eine ganze Wäscheleine mit Zetteln aufgehängt und hat gesagt, dass die Heizung am Boden ist und sofort saniert werden muss. Der Einwohnerrat hat dann wahrscheinlich gemerkt, dass er damit nicht ganz richtig lag und hat es abgelehnt. Ich bin mir nicht bewusst, dass man seither etwas an dieser Heizung gemacht hat. Das ist nun mind. 7 – 8 Jahre her. Nun meine Frage an Doris Becker: Nachdem die Heizung im Halde ca. gleich alt ist wie diejenige im Junkholz, warum sie keine Wäscheleine aufgehängt und ist es wirklich so dringend, wie sie uns gesagt hat?

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich habe keine Wäscheleine aufgehängt, da ich nicht Erwin Meier bin. Soviel ich weiss ist es so, dass die Junkholzheizung sogar noch etwas älter ist. Aber es ist nun tatsächlich so, dass wir die Heizung im Halde ersetzen müssen. Die nächste wird dann die Junkholzheizung sein. Das ist ganz sicher. Wir werden im Voranschlag einen Betrag aufnehmen, damit ein Projekt erarbeitet werden kann. Wir werden dies auch im Zusammenhang mit dem Umbau und Erweiterung HPS sehen. Mir persönlich ist es ein grosses Anliegen, dass die Gemeinde Wohlen zu einer Holzschnitzelheizung kommt. Wir werden dies beim Junkholz prüfen.

Stäger Urs, SVP: Ich stelle Ihnen den Antrag, dass der Gemeinderat uns eine Vorlage für eine Holzschnitzelheizung bringen soll. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Warum? Alles spricht von Klimaerwärmung und von CO₂-Reduktion. Eine Holzschnitzelheizung ist CO₂-neutral. Seit 30 Jahren schreibt die Ortsbürgerkommission regelmässig Briefe an den Gemeinderat, man möchte doch beim nächsten grösseren Projekt eine Holzschnitzelheizung einbauen. Und jedes Mal kommt die Antwort, dass die ibw lieber Gas verkauft. Überlegen Sie, wie viele Millionen Franken täglich an irgendwelche OPEC-Staaten oder sonst ins Ausland gehen, obwohl wir die Wertschöpfung hier hätten. Ich stelle den Antrag, der Gemeinderat soll uns einen Bericht und Antrag für eine Holzschnitzelheizung stellen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es war vor der Zeit als Urs Stäger Einwohnerrat war – Bruno Bertschi hat vorhin die Junkholzheizung erwähnt. Man beantragte damals eine Holzschnitzelheizung und es hätte sogar Subventionen von Fr. 300'000.00 vom Bund gegeben. Der Einwohnerrat hat aus verschiedenen Gründen darauf verzichtet. Daher hat Wohlen noch keine Holzschnitzelheizung. Ich weiss nichts von Briefen der Ortsbürgerkommission. Wir wissen, dass der Förster den Wunsch hat, dass wir eine Holzschnitzelheizung machen und dass dies geprüft wird. Doris Becker wird nochmals begründen, warum eine Holzschnitzelheizung nicht möglich ist.

Diskussion über den Antrag von Urs Stäger

Siebenmann Johannes, EVP: Ich würde gerne die Begründung von Doris Becker hören, bevor wir darüber abstimmen. Dies würde doch noch Sinn machen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Es wurde eine Machbarkeitsstudie gemacht und wir haben dies sogar in der Baukommission diskutiert. Es ist so, dass es grundsätzlich schwierig sein kann, in einem bestehenden Gebäude, in einer bestehenden Anlage, nachträglich eine Holzschnitzelheizung einzubauen. Manchmal ist es möglich – im Junkholz z.B. scheint es uns möglich zu sein, in der Halde jedoch nicht. Die Verhältnisse sind zu eng und die Anlieferung über die Pilatusstrasse ist nicht sinnvoll. Man

könnte nun sagen, dass wir Pellets nehmen können, dies wollen wir jedoch nicht, denn da ist die Wertschöpfung nicht vor Ort. Es ist nicht der einheimische Forstbetrieb, den man unterstützt, denn die Pellets werden angeliefert. Die können von überall her kommen und man hat überhaupt keine Kontrolle. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Wiederkehr Peter, SVP: Ich muss Frau Becker hier widersprechen. Man kann natürlich Holz anliefern zu den Firmen, die Pellets produzieren. Es gibt eine grosse Pellets-Anlage im Kanton Solothurn, wo mehrere tausend Tonnen Pellets hergestellt werden können. Daran sollte es nicht fehlen. Ich unterstütze den Antrag natürlich, denn das Umdenken sollte nun wirklich stattfinden. Die CO₂-Abgaben stehen vor der Türe und wir wissen noch nicht, wie hoch diese sind. CO₂-Einsparungen müssen gemacht werden.

Warum hat man Fernwärme nicht noch mehr realisiert, wenn man wusste, dass auch die Junkholzheizung saniert werden muss. Man hat das bbz und andere grosse Gebäude in der Nähe. Wieso hat man das nicht realisiert und weggeschoben? Ich denke, man muss nun langsam umdenken und wegkommen von fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas, mit denen wir uns vom Ausland abhängig machen und unsere eigenen Ressourcen nutzen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Die Pellets werden im Kanton Solothurn hergestellt und dies ist nicht der einheimische Forst. Genau das meinen wir. Es macht keinen Sinn, das Holz dorthin zu liefern, um die Pellets dann wieder anzuliefern.

Stäger Urs, SVP: Der Weg des Heizöls ist um einiges weiter als derjenige nach Solothurn und wieder zurück. Für diejenigen, die es nicht wissen, ich bin der Sohn des ehemaligen Försters und daher weiss ich, dass dies seit über 30 Jahren immer wieder diskutiert wurde. Von Seiten des Gemeinderates wurde man immer wieder mit den Worten getröstet: Beim nächsten grossen Bauprojekt machen wir es dann. Wir haben das Label Energiestadt und nun geht es darum, Zeichen zu setzen und nicht, die ibw zu finanzieren.

Bertschi Bruno, SVP: Ich erachte es doch als wichtiger, dass wir nun auf die CO₂-neutrale Seite gehen und ob die Holzschnitzel nun vom Kanton Solothurn angeliefert werden. Der ist uns ja auch bestens bekannt, oder? Darauf lege ich Wert.

Tanner Peter, SVP: Wir konnten in der GPK darüber nicht gross diskutieren, da die Unterlagen nicht vorhanden waren. Wir sind bereits in Verzug wegen der Erhebung der angesprochenen Heizung. Die Frist ist am 1. Juni 2006 abgelaufen. Nun befinden wir uns bereits im 2007. Mit welcher Begründung konnte man dies bis zum heutigen Zeitpunkt hinziehen und könnte man dies noch weiter verlängern auf Zusehen hin?

Becker Doris, Gemeinderätin: Man hatte eine Sanierungsfrist bis 2006. Man hat jedoch gewartet, bis man wusste, ob die ibw den Wärmeverbund realisiert oder nicht.

Tanner Peter, SVP: Könnte man die Frist nicht nochmals erstrecken? Es wurde ja bereits erneut gerügt. Dies passierte im Januar 2003 mit der Auflage, dies bis zum 31.05. zu machen. Was hat der Feuerungskontrolleur damals in seinem Bericht gesagt? Wie lange hat man jetzt definitiv Zeit?

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Sanierungsfrist abgelaufen ist und dass eine Holzschnitzel- oder Pelletheizung aus Platzgründen nicht in Frage kommt. Die Anlage muss nun zwingend erneuert werden. Es wurden alle Abklärungen getätigt, dies ist im Bericht und Antrag aufgeführt. Ich weiss nicht, was ich dazu noch sagen muss. Es stand für uns nie zur Diskussion, das Ganze nochmals aufzuschieben.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Als halber Heizspezialist, mindestens vom Baufach her, erwischt man mich heute Abend auch etwas auf dem falschen Fuss. Ich finde es unseriös, wenn wir nun die Holzschntzelheizung dem vorliegenden Bericht und Antrag gegenüber stellen und ohne irgendwelche Grundlagen entscheiden. Der Platz ist das Killerkriterium. Wenn wir ein Schulzimmer opfern müssen, um die Pelletheizung hineinzustellen, haben wir ein anderes Problem, welches vielleicht grösser wird. Das ist unseriös. Ich würde vorschlagen, dass das Geschäft entweder zurückgenommen wird, da in der GPK diese Möglichkeit definitiv auch nicht besprochen wurde oder man macht jetzt einen Unterbruch, damit man darüber diskutieren kann. Wie ich sehe, sitzt auf der Tribüne ein Heizungsfachmann, den wir evtl. auch noch fragen können. Wenn es möglich ist, in dieser Anlage Platz zu schaffen für eine Holzschntzelheizung, könnte ich mir vorstellen, dass wir dieses Thema nochmals anschauen. Wenn das aber nicht geht, sehe ich nicht ein, warum wir heute darüber diskutieren müssen.

Stäger Urs, SVP: Das mit dem abgelaufenen Termin ist kein Problem. Wir haben in Wohlen Heizungen, die sind seit 10 Jahren abgeschätzt und heizen noch immer.

Siebenmann Johannes, EVP: Die Platzfrage interessiert mich schon. Wenn es so ist, dass es nicht geht, ist es gegenstandslos weiter zu diskutieren.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Bauverwalter und Beat Koch sind anwesend. Vielleicht können sie etwas dazu sagen. Beat Koch hat die Planung vorgenommen und kann sagen, was Sache ist.

Meine Damen und Herren, der Einwohnerrat sollte die grossen Linien sehen und anerkennen, dass auch andere etwas können. Sonst machen wir von nun an nur noch Gruppenarbeiten hier im Saal - alle zusammen.

Mäder Werner, Bauverwalter: Es ist richtig, dass die Holzschntzel- oder Pelletheizung im 2004 mit einer sogenannten Machbarkeitsstudie geprüft wurde. Wir müssen wissen, wenn wir über alles Detailprojekte machen wollen, kostet auch die Planung – dies möchte ich hier im Saal erwähnt haben. Dies kann nicht mit Fr. 5'000.00 oder Fr. 10'000.00 gemacht werden. Hier hingegen haben wir die Machbarkeitsstudie gemacht. In der Folge wurde die Variante Nahwärmeverbund geprüft und auch dies brauchte ihre Zeit. Darum sind wir in Verzug. Wo ich etwas einwerfen müsste, sind die gesetzlichen Vorgaben der Rauchgaskontrolle. Die können nicht einfach überschritten werden. Da müssten nun Sanierungen vorgenommen werden, sei dies der Ersatz des Ölbrenners oder was auch immer. Es kann nicht sein, dass die Rauchgaskontrolle über so viele Jahre überschritten wird. Es gibt eine Sanierungspflicht. Sollte es solche Heizungen geben, müsste Herr Stäger uns diese melden. Es gibt gesetzliche Sanierungsfristen, welche mittels Verfügungen des Gemeinderates erlassen werden. Und das wäre auch hier der Fall. Dies ist vom Umweltschutzgesetz gegeben.

Zu den Platzgründen: Die heutigen sich anbietenden Platzverhältnisse lassen eine Holzschntzelheizung nicht zu. Natürlich, man kann alles machen, mittels Silo oder zusätzlichem Raum auf dem Schulhausplatz. Es ist eine Frage des Preises. Wenn man das Silo oder die Anlieferung ausserhalb der Pilatusstrasse machen würde, z.B. auf dem Pausenplatz, müsste man das Brennmaterial mit aufwendigen Speisungen in die Heizungen befördern. Dies ist eine Frage des Preises. Daher haben wir hier nicht mehr weiter auf die Machbarkeit geschaut. Wir möchten die Holzschntzelheizung im Junkholz realisieren. Und übrigens, warum es damals so eilte: Dies war kein Beitrag, sondern ein Impulsprogramm und dort durften nur Projekte subventioniert werden, welche neu auf die Beine gestellt wurden. Das hat man dort gemacht, denn es wurden rund Fr. 350'000.00 in Aussicht gestellt, in Form eines Konjunkturprogramms. Dies war der Grund, warum man damals so eilte. Die Heizung Junk-

holz hat übrigens auch eine Sanierungspflicht mit einer Frist bis 2011. Bis dann muss sie saniert sein.

Fischer Arthur, Präsident: Haben Sie genug Fachinformationen vom Bauverwalter erhalten oder möchten Sie weitere Fachinformationen?

Stäger Urs, SVP: Offensichtlich ist ein Öltank vorhanden und Pellets könnte man z.B. in einem solchen Raum lagern. Man könnte den Öltank entfernen. Vermutlich wäre es mit gutem Willen zu schaffen. Ich kenne die Örtlichkeiten selber nicht, bin jedoch bereit, diese anzuschauen.

Abstimmung Antrag Urs Stäger

Der Antrag von Urs Stäger

Es sei ein Bericht und Antrag für eine Holzschnitzelheizung auszuarbeiten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung Bericht und Antrag Gemeinderat

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Kredits von Fr. 437'000. - inkl. MwSt. für die Erneuerung der Heizzentrale Schulanlage Halde.

wird mit 33 Ja- und 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

74 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge
Bericht und Antrag 11050 betr. Nachtragskreditbegehren von Fr. 60'000.00 inkl. MwSt. für die Erneuerung der Heizzentrale im Wietlisbachschulhaus

Stäger Martina, Fiko-Sprecherin: Die Fiko hat das Nachtragskreditbegehren 11050 über Fr. 60'000.00 für die Erneuerung der Heizzentrale im Wietlisbachschulhaus geprüft. Unser Bericht dazu haben alle Einwohnerräte erhalten. Wir haben eigentlich dazu nichts mehr zu ergänzen, ich möchte jedoch nochmals auf 2 Punkte aufmerksam machen:

1. Der Sanierungsbedarf der Heizung im Wietlisbachschulhaus ist bereits seit Jahren bekannt. Trotzdem sind im Voranschlag 2007 nur Projektierungs- nicht aber die Realisierungskosten aufgenommen worden. Wir fordern daher den Gemeinderat auf, klar vorausehbare Projekte immer in den Voranschlag aufzunehmen.
2. Wir finden die Kapazität von 60 Kw eher zu hoch. Die Bauverwaltung hat zugesichert, die Kapazität in der Projektierungsphase nochmals zu überprüfen.

Die Fiko beantragt Ihnen, dem Nachtragskredit 11050 zuzustimmen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich danke Frau Martina Stäger für die Stellungnahme der Fiko. Ich darf Ihnen sagen, dass die beiden Vertreter der Finanzkommission, Martina Stäger und Guido Benz, die Vorlage tatsächlich auf Herz und Nieren geprüft und durchleuchtet haben. Auch aus Sicht des Gemeinderates gibt es nichts zu ergänzen. Wir haben gehört, die Finanzkommission beantragt Ihnen, dem Nachtragskreditbegehren zuzustimmen. Wir danken Ihnen dafür.

Duschén Andrea, FDP: Eine Erneuerung der Heizung scheint unumgänglich und wir von der FDP werden diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Warum hat man den Ersatz der Heizung nicht in den Voranschlag aufgenommen? Man weiss bereits seit Jahren, dass dies nötig ist.

Brunner Franz, CVP-CSP: Die Heizanlage mit dem Öltank des Wietlisbachschulhauses wurde bei der Gebäudesanierung 1984 eingebaut – also vor 24 Jahren. Der Heizkessel musste während der letzten Heizperiode mehrmals geschweisst werden. Um einen störungsfreien Betrieb sicherzustellen und damit die Kinder nicht frieren müssen, ist eine Sanierung oder einen Austausch dieser Heizung nötig.

Wir unterstützen den Kredit einstimmig.

Steiner Landert Judith, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon unterstützt dieses Kreditbegehren mehrheitlich.

Und das selbe „Warum?“, wie wir schon gehört haben bei einer über 25 jährigen Heizungsanlage . Auch hier nochmals die Forderung, nicht Salomitaktik zu betreiben, sondern die Liste für Gebäudeunterhalt, Sanierung, Ersatzinvestitionen in eine korrekte Planung, d.h. auch in den Finanzplan, aufzunehmen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion Freis Wohle und EVP stimmt dieser Vorlage einstimmig zu. Der Ersatz der Heizanlage ist zwingend und hätte bereits im Budget aufgenommen werden können.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Bericht und Antrag

Genehmigung eines Nachtragkredits von Fr. 60'000.-- inkl. MwSt. – Konto 1.213.314.02 - für die Erneuerung der Heizzentrale im Wietlisbachhaus.

wird einstimmig zugestimmt.

Fischer Arthur, Präsident: Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 11. Juni 2007 statt.

Für das Protokoll

Arthur Fischer, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.